



International e.V.

100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



International

AWO-WERTE GLOBAL GEDACHT #WIRMACHENWEITER

Methoden und Material
für die non-formale Bildungsarbeit



100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.

100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



International e.V.

100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



International e.V.

100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.

WIE SIE SICH FÜR EINE SOLIDARISCHE
WELT EINSETZEN KÖNNEN.

Wir helfen um der Liebe willen





INHALT

| | |
|--|----|
| VORWORT | 4 |
| DIE GLOBALEN ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG | 7 |
| FREIHEIT | 12 |
| GLEICHHEIT | 20 |
| GERECHTIGKEIT | 23 |
| SOLIDARITÄT | 28 |
| TOLERANZ | 34 |



VORWORT

Seit 1919 setzt sich die Arbeiterwohlfahrt für eine gerechte gesellschaftliche Entwicklung ein. Die Werte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz sind Grundlage ihres Handelns und verbindlich für alle, die in der Arbeiterwohlfahrt Verantwortung tragen. Seit ihrer Gründung hat sich in Deutschland viel verändert: In Sachen Gleichstellung, Gleichberechtigung, Teilhabe und Inklusion konnten beachtliche Erfolge erzielt werden. Dennoch bleibt viel zu tun, um Armut weiter zu reduzieren und wieder wachsende Ungleichheitstendenzen zu stoppen. Seit den 1990er-Jahren werden die positiven und negativen Folgen von Globalisierung und Liberalisierung der Volkswirtschaften immer deutlicher: In zunehmenden Maße wälzen die Externalisierungsgesellschaften des Globalen Nordens die negativen Folgen des steigenden Individualkonsums und ressourcen-intensiven Lebenswandels auf den Globalen Süden ab, wo Mensch und Natur unter diesen sozialen und ökologischen Folgen leiden, während die Industrieländer immer ‚sauberer‘ und ‚ökologischer‘ werden. Eine globale Perspektive auf ein solidarisches Miteinander wird in den kommenden 100 Jahren wichtiger denn je: Menschen, die sich im Globalen Süden für die Umsetzung der Menschenrechte, gerechte Arbeitsbedingungen, den Schutz unseres natürlichen Lebensraumes und die Abschaffung von Diskriminierung und Gewalt einsetzen, sind auf die Aufmerksamkeit und den Beistand von uns im Globalen Norden angewiesen. Das Jubiläumsjahr ist für uns Anlass, auf die Dringlichkeit einer globalen Perspektive auf unsere Werte hinzuweisen.

Unser neues Methoden- und Aktionsheft gibt unterschiedliche Impulse, wie während Aktionen, Veranstaltungen und Bildungsangebote globale Missstände veranschaulicht und haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen mobilisiert werden können, um sich basierend auf unseren Werten für eine gerechte, nachhaltige globale Entwicklung und gerechte Beziehungen zwischen dem Globalen Norden und Süden einzusetzen.



Ingrid Leberz

AWO International e. V.

GLOBALES LERNEN: ERKENNEN – BEWERTEN – HANDELN

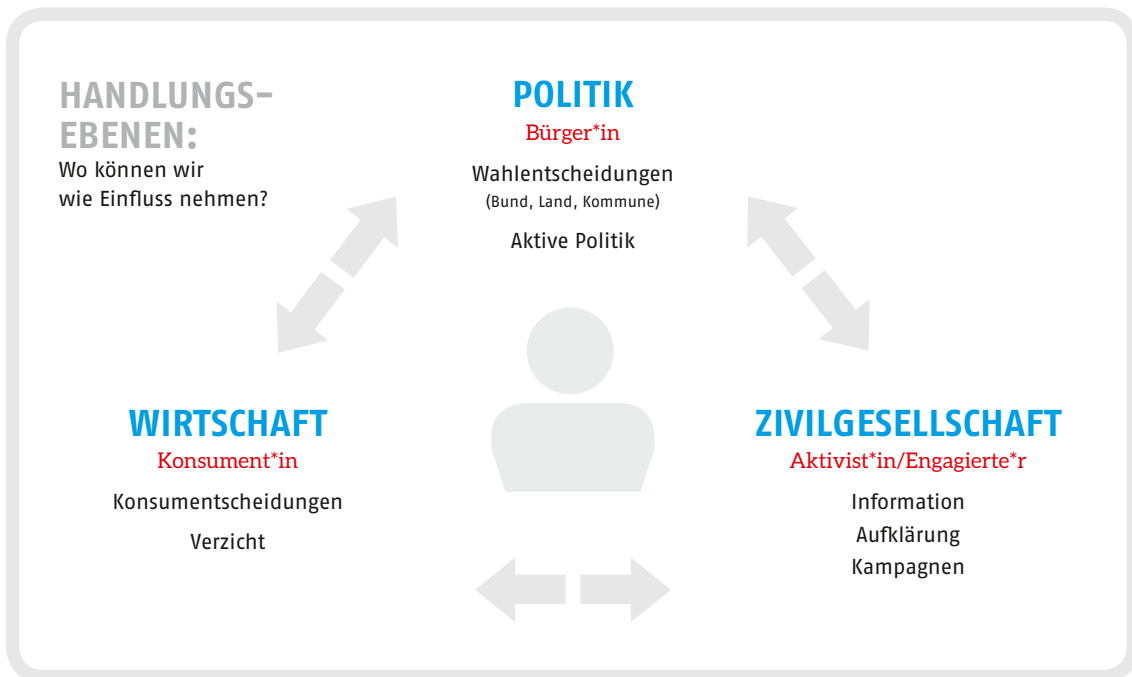
Globales Lernen ist eine pädagogische Antwort auf die Herausforderungen der globalisierten Welt. Globales Lernen fokussiert auf soziale Gerechtigkeit und somit auf die weltweite Durchsetzung politischer, sozialer und ökonomischer Menschenrechte. Die Wechselwirkung zwischen lokaler und globaler Ebene steht thematisch im Zentrum des Globalen Lernens. Es entstand aus der entwicklungspolitischen Bildung und beinhaltet Ansätze der Friedensbildung, Bildung in Vielfalt/Diversity Education und der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und die völkerrechtlich bindenden internationalen Menschenrechtsverträge sind die Basis des Globalen Lernens. In diesem Zusammenhang hat die Auseinandersetzung mit Rassismus einen besonderen Stellenwert. Laut dem BMZ-Konzept 159 – Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit (2008) zielen Maßnahmen, die über das „Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung“ (Engagement Global) gefördert werden können, darauf ab:

- Interesse an sogenannten „Entwicklungsländern“ zu wecken und globale Zusammenhänge und ihre Einflüsse auf den einzelnen Menschen aufzuzeigen,
- die Auseinandersetzung mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung und dessen Verwirklichung zu fördern,
- zur aktiven Beteiligung an einer sozial verantwortlichen Gesellschaft in der globalisierten Welt zu mobilisieren,
- entwicklungspolitisches Engagement der Bürger*innen zu unterstützen.

Methodisch-didaktisch hat Globales Lernen eine ganzheitliche Lernerfahrung zum Ziel, die sich nicht darauf beschränkt, Wissen zu vermitteln oder Empathie zu wecken. Ein Sachverhalt oder eine Problematik von globaler Bedeutung soll durch die Teilnehmenden zunächst erkannt (Aufmerksamkeit für ein Thema, Wissensvermittlung) und dann bewertet (im eigenen Wertesystem verorten, Reflexion) werden. Aus der wertegebundenen Beurteilung kann ein Impuls zum Handeln erfolgen, der durch diese Methoden unterstützt wird: Was kann ich tun, damit sich der Sachverhalt oder die Problematik ändert?

Handlungsorientierung und Stärkung von Handlungskompetenz der Teilnehmenden sind wichtige Aspekte entwicklungspolitischer Bildungsarbeit. Angesichts der komplexen Herausforderungen, welche nachhaltige Entwicklung und die Globalisierung mit sich bringen, lohnt sich ein systemischer Blick auf die Handlungsebenen, zu denen Teilnehmende Zugang haben:

Gegenwärtig haben wir in unserer Gesellschaft Zugang zu drei Handlungsfeldern in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dort nehmen wir jeweils unterschiedliche Positionen ein: als (Staats-) Bürger*innen, Konsument*innen und Engagierte bzw. Aktivist*innen. Teilnehmende, die nicht im Besitz einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, haben im Handlungsfeld Politik einen reduzierten Handlungsspielraum: staatsbürgerliche Privilegien, wie wählen und gewählt werden, bleiben ihnen verwehrt. Lediglich auf lokaler Ebene sind Staatsangehörige von EU-Mitgliedsstaaten gleichgestellt. In diesem Fall kann im Rahmen der Seminararbeit diskutiert werden, wie Nicht-Staatsbürger*innen als Bürger*innen aktiv werden und Handlungsspielraum einfordern können.



Jede angestrebte Handlung, Aktion oder Veränderung sollte also zunächst in ein entsprechendes Handlungsfeld eingeordnet werden und kann sich je nach Handlungsfeld an unterschiedliche Verantwortliche richten. Neben den Handlungsfeldern können unterschiedliche Handlungsebenen unterschieden werden:

Die geplante Handlung, Aktion oder Veränderung sollte auch in diesem Schema zu verorten sein. Je nach Zielsetzung sind unterschiedliche Ressourcen, Unterstützungsnetzwerke und aufgewendete Zeit notwendig, die an das Vorhaben angepasst werden müssen.

| | Persönliches Umfeld | Wirtschaft | Zivilgesellschaft | Politik |
|-------------------|--|---|---|--------------------------------|
| Makroebene | Europa- und bundesweit Eine Region Der Heimatort | Supermarktketten Konzerne Verbraucherschutzorganisation | Welt-, Europa- und bundesweite Kampagnen oder Initiativen | Europapolitik Bundespolitik |
| Mikroebene | Enger Freundeskreis, Kernfamilie, Nachbar*innen | Ein Betrieb oder Geschäft vor Ort | z. B. die AWO-Einrichtung, der Ortsverein oder eine lokale Organisation | Landes- oder Kommunalpolitik |

DIE GLOBALEN ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

AWO International ist mit sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Asien, Lateinamerika und Afrika solidarisch: Die Organisation fördert demokratisches und soziales Denken und Handeln und unterstützt in Kooperation mit lokalen Partnerorganisationen Menschen dabei, ihre politische und gesellschaftliche Teilhabe einzufordern. Bei der Auswahl der Partnerorganisationen spielen fachspezifische und methodische Kenntnisse ebenso eine Rolle wie die Übereinstimmung in einer auf Solidarität und Gerechtigkeit basierenden Wertorientierung und den AWO-Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Die Zusammenarbeit zwischen AWO International und den Kooperationspartnern ist eng und kontinuierlich. Die Kooperationspartner von AWO International sind Organisationen der Zivilgesellschaft, die engagiert und professionell Entwicklungs- und Empowermentprozesse ihrer Zielgruppen unterstützen.

Der Begriff ‚Entwicklungshilfe‘, heute die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit, entstand im Jahr 1961. Die Idee dahinter war, dass alle Länder der Welt einem Entwicklungsmodell der westlichen Welt folgen, um auf diese Weise Not und Leid der Menschen zu beenden. Dies ist eine problematische Grundannahme, da ein vorherrschendes Verständnis bestimmt, in welche Richtung und mit welchem Ziel gesellschaftliche Veränderungen angestoßen oder begleitet werden soll. In der alltäglichen Nutzung werden lediglich Defizite der sogenannten „Entwicklungsländer“ betont und eine globale Spaltung zwischen „unterentwickelten“ und „entwickelten“ Gesellschaften gedanklich aufrechterhalten. Dieses Denken vernachlässigt es, komplizierte und miteinander verknüpfte Ursachen von global ungleich verteilten Ressourcen, Chancen und Lebensstandards aufzuzeigen. Darüber hinaus werden individuelle Strategien zur Existenzsicherung von materiell armen Menschen, die nicht der kapitalistischen Marktlogik entsprechen, nicht gewürdigt, sondern als „unwissend“ und „unterentwickelt“ betitelt. Im aktuellen Diskurs werden die Begriffe Globaler Süden und Globaler Norden verwendet. Allerdings liegt diesen Worten nicht eine geographische Trennung zu Grunde, sondern markiert wer sich in privilegierten („Globaler Norden“) und benachteiligten („Globaler Süden“) Positionen befindet. So kann beispielsweise eine Person im Globalen Süden, also einem Land, in welchem die Bevölkerung global

betrachtet hauptsächlich benachteiligt ist, aufgrund ihrer privilegierten Position zum Globalen Norden gezählt werden. Andersherum kann eine Person im Globalen Norden aufgrund ihrer Position ebenfalls unter die Bezeichnung des Globalen Südens fallen. Dennoch kann strukturell bestimmt werden, ob die Mehrheit der Bewohner*innen eines Landes in einem Land des „Nordens“ oder „Südens“ leben, wenn dem „Norden“ und „Süden“ zugeschriebene Merkmale mehrheitlich zutreffen (z. B. Zugang zu sauberem Trinkwasser und Anschluss an Abwasser- und Klärsysteme, Zugang zu Arbeit, bezahlte Arbeit, soziale Absicherung, Ersparnisse und Vermögen, hochkalorische Ernährungssicherheit, Wirtschafts- und Produktionsweise etc.)

Im Laufe der Jahre haben sich in der Entwicklungszusammenarbeit immer mehr partizipatorische Ansätze gegenüber rein neoliberalen, marktorientierten Herangehensweisen durchgesetzt, um die Zielgruppen entwicklungspolitischer Programme in den Fokus zu rücken. Obwohl individuelle Lebensstrategien zwar mehr Anerkennung finden, werden auf Makroebene immer noch marktorientierte Ansätze verfolgt, wie beispielsweise große Infrastrukturprojekte. Doch neben wirtschaftsorientierten Ansätzen existieren Entwicklungskonzepte wie ‚Buen Vivir‘ (Lateinamerika) und das Bruttosozialglück (Bhutan), die weniger das Wirtschaftswachstum als Maßstab von Entwicklung nehmen, sondern eher das Wohlbefinden und der Einklang mit der Natur. Mehr Informationen zu diesen Konzepten finden Sie in der Methode zum Grundwert Gerechtigkeit.

Am 25. September 2015 wurden die neuen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz SDG) in der Generalkonferenz der Vereinten Staaten verabschiedet. Die 17 Ziele dienen zum einen als Orientierung zur Nachhaltigkeitspolitik von Ländern und zum anderen liefern sie einen ganzheitlichen Ansatz, der nicht nur ökologische, sondern auch soziale Nachhaltigkeit meint, wie zum Beispiel Reduzierung von Ungleichheit und verantwortungsbewusste Produktions- und Konsumweisen. AWO International rückt zudem folgende Nachhaltigkeitsziele in den Fokus ihrer Arbeit: Armut in allen Formen und überall beenden (SDG 1), Geschlechtergleichstellung erreichen (SDG 5) und Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10).

Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung

Soziale und ökologische Herausforderungen



Armut in jeder Form und überall beenden, Zugang zu Land und armutsreduzierenden Dienstleistungen garantieren.

700 Millionen Menschen verfügen über weniger als 1,90 US-Dollar am Tag. Der reichere Teil der Weltbevölkerung (11%) verursacht die Hälfte aller CO₂-Emissionen, während die ärmere Weltbevölkerung stärker unter den Folgen des Klimawandels leidet. Phänomene wie Kinderarmut, Altersarmut und Armut trotz Arbeit sind auch in wohlhabenden Ländern allgegenwärtig.



Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen, nachhaltige Landwirtschaft fördern.

13% der Weltbevölkerung sind von Hunger betroffen. 1% der bereits verfügbaren Nahrungsmittel wird benötigt, um deren Bedarf zu decken. Überproduktion, Lebensmittelverschwendung und Landnutzungskonflikte verstärken globale Schiefen und verursachen Ungleichheit.



Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten, Mütter- und Kindersterblichkeit senken, schwere Krankheiten bekämpfen.

2 Milliarden Menschen haben keinen regelmäßigen Zugang zu medizinischer Versorgung. 90% aller verfügbaren Medikamente werden lediglich von 15% der Weltbevölkerung genutzt.



Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten, lebenslanges Lernen fördern, Zugang zur Bildung für nachhaltige Entwicklung gewährleisten.

61 Mio. Kinder und 62 Mio. Jugendliche gehen nicht zur Schule. In ärmeren Ländern profitieren im Durchschnitt 10% der Lernenden mit hohem Bildungsstand von 46% aller Bildungsausgaben. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss in der schulischen, außerschulischen und lebenslangen Bildung verankert werden.



Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen, Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen beenden.

Frauen werden besonders häufig benachteiligt, entmachtet und Gewalt ausgesetzt. Sie stellen die Mehrheit unter Nicht-Besitzenden, Armen und Menschen, die nicht lesen und schreiben können.



Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten, wasserverbundene Ökosysteme schützen.

Ca. 660 Mio. Menschen leben ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,4 Mrd. ohne Toiletten- und Abwassersysteme (2015). Fehlender Zugang zur Nutzung von Wasser löst Konflikte aus und verstärkt Ungleichheit.



Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern. Anteil erneuerbarer Energien erhöhen.

1,1 Mrd. Menschen müssen Zugang zu gemeinwohlorientierter und umweltverträglicher Energie erhalten. Die Energieproduktion ist gegenwärtig für ein Drittel des Ausstoßes aller Treibhausgase verantwortlich. Insgesamt muss der Energieverbrauch gesenkt werden.



Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

Milliarden Menschen benötigen wirtschaftliche Perspektiven durch sozial- und ressourcenverträgliche Entwicklung, die planetare Grenzen berücksichtigt. Der Wachstumsbegriff muss hinterfragt werden, da weder der Zuwachs an materiellen Möglichkeiten noch der Rückgang der Erwerbslosigkeit die Armut in Deutschland verringert haben.



Eine nachhaltige Infrastruktur und Industrialisierung unter schonendem Ressourceneinsatz fördern.

Ein großer Teil der öffentlichen Verkehrsinvestitionen fließt trotz gegenteiliger Ziele in den Straßenbau. Der bundesdeutsche Verkehrswegeplan (2016) opfert täglich 2,9 Hektar freie Landschaft für den Straßenbau. Die Kosten für den Erhalt dieser Infrastruktur belasten künftige Generationen.



Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern. Globale Finanzmärkte regulieren und überwachen. Migration sicher und verantwortungsvoll gestalten.

Investitionen und öffentliche Gelder fließen zum größten Teil in Produkte und Unternehmen, die unsere Lebensgrundlage zerstören und Ungleichheit verstärken. Weltweite Transparenzstandards zu öko-sozialen Auswirkungen von Krediten und Investitionen müssen gestärkt werden. Verarmte, benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen müssen besonders von Investitionen profitieren.



Städte und Siedlungen inklusiv, sicher und nachhaltig gestalten. Sicherung bezahlbaren Wohnraums und nachhaltiger Verkehrssysteme. Umweltbelastungen senken.

Derzeit werden in Städten weltweit rund 70% aller Ressourcen verbraucht und mehr als 75% aller CO₂-Emissionen erzeugt. Gleichzeitig konzentriert sich zunehmend Armut in städtischen Räumen.



Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster und effiziente Ressourcennutzung sichern. Nahrungsmittelverschwendung verringern. Öffentliche Beschaffung nachhaltig gestalten.

Unsere Erde kann einem nach Wirtschaftswachstum und Konsum ausgerichteten Lebensstil nicht gerecht werden. Die Schere zwischen dem Ressourcenverbrauch der Menschheit und dem, was unser Planet leisten kann, klafft damit immer weiter auseinander. Leben wir unverändert weiter wie bisher, würden wir bis zum Jahr 2030 zwei komplette Planeten benötigen, um unseren Bedarf zu decken.



Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen und in nationale Politiken und Strategien einbeziehen.

Entwicklungsländer haben zusammen genommen bislang nur mit einem Anteil von 24% zum Klimawandel beigetragen, sind heute aber besonders oft von dessen Folgen betroffen. Somit stehen die Industrieländer mit hohen Lebensstandards in der besonderen Verantwortung.



Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen. Überfischung beenden, Küsten schützen.

Fast 800 Mio. Menschen sind in der Fischereiindustrie tätig. Überfischung ganzer Küstenregionen bewirkt den Niedergang der Kleinfischerei, hat prekäre Arbeitsverhältnisse in der Fischereiwirtschaft und neue Wanderungsbewegungen zur Folge. Die Verschmutzung der Meere, insbesondere durch Plastikmüll, nimmt zu.



Landökosysteme schützen und wiederherstellen. Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverlust und Verlust der Artenvielfalt beenden.

Arme Menschen sind weltweit stärker von den lokalen Folgen von Klimawandel und Umweltzerstörung betroffen. Ihr Lebensunterhalt hängt oft von natürlichen Ressourcen ab und sie leben häufig in unmittelbar von Umweltzerstörung betroffenen Gebieten. Der Erhalt der Natur ist eine echte Frage der Generationengerechtigkeit.



Friedliche und inklusive Gesellschaften fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen, leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen aufbauen.

Konflikte werden nicht nur durch gewaltsame Auseinandersetzungen, sondern auch durch die Nutzung natürlicher Ressourcen ausgelöst – vor allem, wenn diese Ungleichheit und Diskriminierung verstärkt. Der Umgang mit Waffenexporten steht im klaren Widerspruch zur eigenen Position Deutschlands während des SDG-Verhandlungsprozesses: Dort hatte sich Deutschland für eine Einschränkung der Kleinwaffen-Proliferation ausgesprochen.



Globale Partnerschaften aufbauen, 0,7% des BIP für internationale Zusammenarbeit ausgeben, Entschuldung, gerechte Handelssysteme und Politik-Kohärenz umsetzen.

Die EU hat gegenüber Afrika in den vergangenen zwei Jahren einen Überschuss mit dem Handel von teils hochsubventionierten Produkten erzielt. Dem Export im Wert von 145 Mrd. € stand ein Import im Wert von 117 Mrd. € gegenüber. Dies führt zu einer weiteren Verschuldung afrikanischer Staaten und die Existenzgrundlage insbesondere vieler Kleinbauern und -bäuerinnen wird zerstört.

DIE GLOBALEN ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

ENTWICKLUNGSBEGRIFF – EINE EINFÜHRUNG

INHALT

Das Konzept „Entwicklung“ spielt in Diskursen rund um die Weltwirtschaft und die Lösung der globalen Ungleichheit eine wesentliche Rolle. Die Methode hilft dabei, den Entwicklungsbegriff besser einordnen zu können.

ZIEL

Die Teilnehmenden erkennen, dass der Entwicklungsbegriff auch kritisch gesehen wird und lernen Perspektiven von Menschen aus dem Globalen Süden kennen.

DAUER

Ca. 60-90 Minuten (je nach Option)

ZIELGRUPPE

Für Jugendliche und Erwachsene geeignet

MATERIAL

Marker, Pinnwand, Moderationskarten, (z. B. aus Restpapier),
Text „Was ändert's?“ (zum Download auf unserer Webseite), Stifte, Papier,
Internetzugang, PC/Laptop, Flipchartpapier, Video „Africa For Norway – New charity
single out now!“ von SAIH Norway an: bit.ly/1l2luKi

TIPPS

- EZ abschaffen! Drei Kritiken an Entwicklungszusammenarbeit aus dem Globalen Süden. Lucia Gleissner-Bonetti, Dominik Köhler, Sara Woldeslassie. In: Wer anderen einen Brunnen gräbt ... Rassismuskritik/Empowerment/Globaler Kontext, BER (2012) bit.ly/2PSmRNp
 - Machtkritische Bildungsarbeit: lokal.org
- I.L.A. Kollektiv (2017). Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. Oekom Verlag.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Option 1 und der dazugehörige Text „Was ändert's?“ aus der Methode „Was heißt denn hier Entwicklung?“ sowie die Aufbereitung des Materials wurden von bne-sachsen.de und dem Informationsbüro Nicaragua e. V. realisiert.

Link: bit.ly/2VXZveK

ABLAUF

Zum Einstieg fragt die Seminarleitung die Teilnehmenden, was sie unter dem Begriff ‚Entwicklung‘ verstehen. Jede Assoziation wird auf eine Moderationskarte bzw. Zettel geschrieben, an einer Pinnwand befestigt oder auf dem Boden ausgelegt. Dabei setzen die Teilnehmenden ihre eigenen Assoziationen in Position zu den anderen Assoziationskarten (Cluster). Die Karten können dabei auch stets neu sortiert und umgehängt/umgelegt werden. Zur Vertiefung gibt es zwei Möglichkeiten:

Option 1

Die Teilnehmenden lesen den Text „Was ändert's?“ (von bne-sachsen.de und Informationsbüro Nicaragua e. V.) und diskutieren anschließend im Plenum die dazugehörigen Fragen. Die Seminarleitung hält die Kernaussagen der Teilnehmenden visuell fest. Folgende Fragen helfen den Teilnehmenden, den Text zielgerichtet zu lesen:

- Welche Ziele der Entwicklungszusammenarbeit benennt Aram Ziai?
- Welche Kritik gab es bisher an der Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit und wie hat sich die Entwicklungszusammenarbeit daraufhin verändert?
- Welche Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit äußert Aram Ziai?
- Worin sieht er die Ursachen globaler Ungleichheit?
- Welche Alternativen zur Entwicklungszusammenarbeit nennt Aram Ziai?
- Was muss aus seiner Sicht passieren, um die globale Ungleichheit zu verringern?

In der Diskussion im Plenum helfen folgende Fragen, um die Diskussion zu lenken:

- Was ist aus eurer/Ihrer Sicht nötig, um mehr globale Gerechtigkeit zu schaffen?
- Kennt ihr/Kennen Sie Organisationen, die sich für politische Veränderungen einsetzen, um die globale Ungleichheit zu verringern?

Option 2

Die Teilnehmenden sehen sich das Video „Africa For Norway – New charity single out now!“ von SAIH Norway an: bit.ly/1I2luKi. Falls nötig, können deutsche Untertitel aktiviert und die Untertitelfläche verschoben werden, so dass der Text gut lesbar ist. Während des Videos machen sich die Teilnehmenden Notizen zu dem, was sie sehen und wie sie das Video interpretieren. Die Seminarleitung bespricht im Anschluss mit den Teilnehmenden im Plenum, wie das Gesehene interpretiert werden kann. Ziel ist es, die Teilnehmenden hinsichtlich der Begriffe „Entwicklung“ und „Hilfe“ zu sensibilisieren.

Die Teilnehmenden werden nun in Kleingruppen aufgeteilt, die sich zu folgendem Szenario Gedanken machen:

„Ihr seid/Sie sind unabhängige Entscheidungsträger*innen und wollt/wollen,

- dass die in Armut lebenden Menschen spürbare Verbesserungen ihrer Lebenssituationen erfahren
- dass stereotype Bilder von Menschen im Globalen Süden nicht stetig reproduziert werden, sondern dass auch andere Realitäten als Armut abgebildet werden
- dass Geberländer (meist aus dem Globalen Norden) Entwicklungszusammenarbeit nicht dazu nutzen, ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern.

Entscheidet/Entscheiden Sie nun mit den Informationen, die ihr/Sie erhalten habt/haben, ob ihr/Sie die Entwicklungszusammenarbeit fortführen wollt/wollen oder nicht:

- Wenn ihr/Sie sie weiterführen möchtet/möchten, überlegt euch/überlegen Sie sich, wie ihr/Sie sie zum Wohle aller umgestalten wollt/wollen.
- Wenn ihr/Sie euch/sich dagegen ausspricht/aussprechen, überlegt euch/überlegen Sie sich, wie ihr/Sie auf andere Weise globalen Herausforderungen begegnen wollt/wollen.

Die Kleingruppen visualisieren die Ergebnisse ihrer Diskussion oder stellen diese auf kreative Art und Weise dar. In der Vorstellung der Ergebnisse begründet jede Gruppe ihre Entscheidung und die Moderation hält die wichtigsten Punkte fest. Während der Auswertung betont die Seminarleitung, dass unterschiedliche Vorstellungen von Entwicklung existieren und dass die Maßstäbe für erfolgreiche Entwicklung nicht einfach vorgegeben werden können, sondern von Gesellschaften und Ländern des Globalen Südens selbst bestimmt werden müssen.

HINWEISE FÜR DIE MODERATION

Im Brainstorming zu Beginn wird nach dem Wissen und den Assoziationen der Teilnehmenden bezüglich „Entwicklung“ gefragt. Hierdurch werden von den Teilnehmenden wahrscheinlich auch Aussagen getroffen, die das dem Konzept innewohnende Machtverhältnis und die damit verbundene Diskriminierung wiederholen und verfestigen. Außerdem hören andere Teilnehmenden eventuell bestimmte diskriminierende Aussagen erstmalig und eignen sich diese an. Zwar wird das Konzept im Anschluss kritisch betrachtet und zum Nachdenken darüber angeregt, dennoch kann die Thematisierung für Menschen verletzend wirken, die durch dieses Konzept diskriminiert werden. Einige Teilnehmenden lernen also auf Kosten anderer Teilnehmenden. Die Seminarleitung sollte sorgfältig entscheiden, ob die Übung für die Gruppe geeignet ist.

FREIHEIT

”

Freiheit bedeutet, selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben, frei zu sein von Willkür, von Not und Furcht um die eigene Existenz. Die Freiheit des Einzelnen entsteht auch durch die Gemeinschaft. Um sich frei entfalten zu können, braucht jeder Mensch materielle Sicherheit. Die eigene Freiheit verpflichtet uns, sich der Vernunft zu bedienen und endet dort, wo sie die Freiheit anderer verletzt.

“

Aus dem Grundsatzprogramm der AWO

Seit der Gründung der Arbeiterwohlfahrt haben sich persönliche, künstlerische und unternehmerische Freiheiten spürbar erweitert, nachdem sie im nationalsozialistischen Deutschen Reich massiv beschränkt und für von der rassistisch-völkischen Ideologie abgewerteten Menschen abgeschafft wurden. In der Deutschen Demokratischen Republik entwickelten sich Freiheiten unterschiedlich, die nicht zugestandenen Freiheiten wurden zunehmend eingefordert und in der Wendephase verwirklicht. Doch noch heute bestimmt der Freiheitsbegriff Debatten in unserer global vernetzten Gesellschaft: Wie weit darf unternehmerische Freiheit in einer globalisierten Wertschöpfungskette gehen? Fühlen sich wirklich alle Menschen in unserer Gesellschaft frei darin, sich auszudrücken und sich zu bewegen? Wem wird Bewegungsfreiheit innerhalb und in die Europäische Union gewährt, wem soll diese verwehrt werden? Wie bedingen sich digitale Freiheit und Sicherheit im Internetzeitalter? Darum lohnt es sich, dass wir uns auch heute weiterhin darüber Gedanken machen, wie frei wir leben wollen, können und müssen. Diese Frage stellen sich auch viele Menschen, die sich in unseren Partnerorganisationen für individuelle und kollektive Freiheit einsetzen. Doch auch im Jahr 2019 müssen sie sich häufiger Sorgen um ihre Freiheit – und Sicherheit – machen: Restriktive Gesetze und gefährliche Rahmenbedingungen nehmen zu, nicht nur in Ländern mit zunehmend autokratischen Regierungsformen wie aktuell in Nicaragua oder auf den Philippinen. Die folgenden Methoden können dabei behilflich sein, um Freiheit im Rahmen von Bildungsangeboten in unserem Verband zu thematisieren.

BEWEGUNGSFREIHEIT UND FREIZÜGIGKEIT: DAS REISEPASS-QUARTETT

Im Reisepass-Quartett lassen Spieler*innen Reisepässe verschiedener Länder gegeneinander antreten. Damit wird im Spielverlauf auf die Problematik des globalen Machtungleichgewichtes und der unfairen Visavergabepaxis auf spielerische Art und Weise direkt verwiesen. Visaanträge für die EU von Menschen aus Ländern des Globalen Südens werden überdurchschnittlich häufig und meist subjektiv mit der Begründung angeblich fehlender ‚Rückkehrbereitschaft‘ abgelehnt und Menschen ausgegrenzt, die aus beruflichen oder privaten Gründen die Grenze überschreiten möchten. Das Spiel hat den Anspruch aufzuklären, zur Selbstreflexion einzuladen und auch zu provozieren. Das Reisepass-Quartett (Visa Wie e. V.) ist bei AWO International und unter www.fairmondo.de erhältlich. Die Weltkarte „Grenzen der Freizügigkeit: Zwei Welten VISA vis“ kann auf visawie.org heruntergeladen und für die Teilnehmenden ausgedruckt werden.

Risiken und Nebenwirkungen:

- Die Seminarleitung sollte im Gesprächsverlauf auf abwertende Kommentare und Begründungen achten und diese thematisieren.
- Teilnehmende ohne privilegierten Reisepass, z. B. eines industrialisierten Landes, werden öffentlich damit konfrontiert, dass ihr Pass eventuell ‚weniger wert‘ ist. Diese unterschiedlichen Privilegien sollten sensibel und rücksichtsvoll durch die SL und TN thematisiert werden

DAS FADEN-SPIEL: FREIHEIT UND ZUGEHÖRIGKEIT

INHALT

Die Teilnehmenden finden heraus, was mit der Freiheit des/der Einzelnen im Zusammentreffen mit den Freiheiten anderer geschieht sowie welche Rolle Gruppenzugehörigkeit für das Freiheitsgefühl Einzelner und die Einschränkungen, die sich daraus ableiten, spielt.

ZIEL

Die Teilnehmenden reflektieren, inwiefern die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen Freiheiten ermöglicht, diese aber auch einschränkt und reduziert.

DAUER

Ca. 60 Minuten

ZIELGRUPPE

Für Jugendliche und Erwachsene geeignet

MATERIAL

Mehrere Wollknäuel und Scheren, Papier/Stifte

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Diese Methode stammt aus dem Übungsbuch „Mehr als eine Demokratie. Sieben verschiedene Demokratieformen verstehen und erleben - 73 Übungen nach der ‚Betavta-Methode‘“ von Uki Maroshek-Klarman und Saber Rabi (Adam Institute for Democracy & Peace, adaminstitute.org.il) in der Adaption von Susanne Ulrich, Silvia Simbeck und Florian Wenzel, Verlag BertelsmannStiftung, 2015.

ABLAUF

Kurz vor einer geplanten Kaffeepause (ca. 10 Minuten) bittet die Seminarleitung die Teilnehmenden, sich zunächst auf einem Zettel individuell zu notieren, was sie machen würden, wenn sie jetzt 10 Minuten Pause hätten. Die Wahl wird nur dadurch eingeschränkt, dass sie angesichts der Möglichkeiten, die der Gruppe zur Verfügung stehen und die der Ort bietet, realisierbar sein muss. Anschließend verteilt die Seminarleitung die Wollknäule und bittet die Teilnehmenden, sich so viel davon zu nehmen, wie sie mögen. Nachdem sich alle einen Wollfaden abgeschnitten haben, binden die Teilnehmenden das eine Ende an sich selbst fest (zum Beispiel am Handgelenk oder der Kleidung). Die Teilnehmenden bilden Kleingruppen aus fünf bis sechs Personen und binden das freie Fadenende mit den Fadenenden der anderen zusammen. Die Seminarleitung kündigt an, dass die Teilnehmenden in der nun folgenden Pause zehn Minuten lang das tun, was sie sich auf ihrenzetteln notiert haben. Nach zehn Minuten kehren die Teilnehmenden zurück und berichten von ihren Erfahrungen. Folgende Leitfragen helfen bei der Auswertung:

- Wie haben Sie sich/habt ihr euch während der Zeit gefühlt?
- Ist es euch/Ihnen gelungen, was auf den Zetteln notiert wurde?
- Sind Sie/seid ihr während dieser Aktivität frei gewesen?
- Hat Sie/dich die Verbindung mit den anderen an Ihren/deinen Aktivitäten gehindert?
- Unter welchen Bedingungen wollen Sie/willst du einer Gruppe angehören, wann nicht?
- Kann jede*r von Ihnen/euch innerhalb der Gruppe er*sie selbst sein?
- Kann jede*r losgelöst von Gruppen er*sie selbst sein?

Die Seminarleitung fasst die Eindrücke zusammen. Im Anschluss daran kann die Gruppe gemeinsam versuchen, eine Definition von Freiheit zu finden. Folgende bewährten Definitionen bieten sich außerdem an:

- Die persönliche Freiheit währt so lange, bis die Freiheit anderer beschnitten wird.
- Jede*r Mensch hat das gleiche Recht auf völlige Freiheit. Diese Freiheit ist so umfangreich, wie es die Gewährung gleicher Freiheiten für alle ermöglicht.

HINWEISE FÜR DIE MODERATION

Die Seminarleitung darf keine Bemerkungen zur Länge der Fäden der Teilnehmenden machen und sollte mindestens ein Reserve-Knäuel zur Verfügung haben, falls ein*e Teilnehmende*r sich dazu entscheidet, ein ganzes Knäuel zu nehmen. Bei dieser Übung wird vermittelt, dass Freiheit in unterschiedlichen Situationen existiert: Wenn wir allein sind und uns von der Gesellschaft trennen und wenn wir in Gesellschaft anderer sind. Freiheit und Gruppenzugehörigkeit bedingen einander:

- Eine Schauspieler*in kann sich ohne Publikum nicht künstlerisch wirksam betätigen.
- Zum Verlieben braucht es eine*n Partner*in.
- Zum Schlafen und Lesen braucht man Ruhe.

MENSCHENRECHTE SIND FREIHEITSRECHTE

INHALT

Unsere Freiheitsrechte sind zugleich auch Menschenrechte.
Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sagt allen Menschen zu, dass sie sich frei entfalten können – doch sowohl damals wie heute werden diese Rechte nicht für alle verwirklicht. Wie ist der Stand heute, 71 Jahre nach der Unterzeichnung im Jahr 1948, sowohl in Deutschland als auch weltweit?

ZIEL

Die Teilnehmenden erkennen Freiheitsaspekte in den Menschenrechten und überlegen gemeinsam, wie sie sich für Menschen einsetzen können, denen diese Rechte verweigert werden

DAUER

Ca. 90 Minuten

ZIELGRUPPE

Für Jugendliche und Erwachsene geeignet

MATERIAL

Kopiervorlage Menschenrechte (zum Download auf unserer Webseite)

TIPPS

Amnesty International ist eine internationale zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für die Umsetzung der Menschenrechte stark macht und sich für Menschen einsetzt, die für ihren Einsatz verfolgt oder inhaftiert werden. Die Organisation bietet vielfältige Beteiligungsformen, um sich ehrenamtlich solidarisch zu zeigen: Sie organisiert Demonstrationen, Ad-Hoc-Aktionen, „Briefe gegen das Vergessen“ und bietet die Möglichkeit, sich in Orts- und Jugendgruppen zu engagieren. Eventuell bietet sich eine verbandsübergreifende, partnerschaftliche Aktion auf lokaler Ebene an: amnesty.de/mitmachen

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Bei der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III)) oder kurz AEMR[1], handelt es sich um unverbindliche Empfehlungen der Vereinten Nationen zu den allgemeinen Grundsätzen der Menschenrechte. Sie wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Palais de Chaillot in Paris verkündet. Der 10. Dezember als Tag der Verkündung wird seit 1948 als Internationaler Tag der Menschenrechte begangen.

Dieses Material basiert auf der Publikation „Menschenrechte. Materialien für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte (2016) und wurde von AWO International angepasst. Link: bit.ly/2VYxAvz

ABLAUF

Die Teilnehmenden werden zunächst darum gebeten, allein, zu zweit oder in Kleingruppen zu sammeln, was sie genau unter dem Begriff „Freiheit“ verstehen und verschiedene Aspekte von Freiheit zu notieren. Sie stellen ihre Ergebnisse vor und die Seminarleitung ergänzt bei Bedarf. Folgende Freiheiten gelten als grundgesetzlich und/oder menschenrechtlich abgesicherte Freiheiten:

- Allgemeine Handlungsfreiheit
- Allgemeine Vertragsfreiheit
- Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
- Religionsfreiheit, dieser nahe auch die Freiheit der Weltanschauung und des Gewissens
- Meinungsfreiheit
- Informationsfreiheit
- Schutz von Ehe und Familie
- Pressefreiheit
- Kunstfreiheit
- Wissenschaftsfreiheit
- Koalitionsfreiheit
- Versammlungsfreiheit
- Vereinigungsfreiheit
- Post- und Fernmeldegeheimnis
- informationelle Selbstbestimmung
- allgemeine Freizügigkeit/Bewegungsfreiheit
- Berufsfreiheit
- Eigentumsschutz einschließlich der Testierfreiheit
- Unverletzlichkeit der Wohnung
- Asylrecht

Die Seminarleitung teilt im Anschluss daran die Kopiervorlage „Menschenrechte“ an die Teilnehmenden aus und bittet diese, zu zweit oder in Kleingruppen die gesammelten Freiheiten mit den Menschenrechten abzugleichen. Dann suchen sie sich bis zu vier Menschenrechte aus, die sie näher besprechen möchten, und diskutieren mithilfe folgender Fragen:

- Was gehört für Sie/dich alles zu diesem Recht dazu?
- Halten Sie/Hältst du dieses Recht für wichtiger als andere?
- Wo nehmen Sie/nimmst du dieses Recht in Ihrem/deinem Alltag in Anspruch?
- Kennen Sie/kennst du ein Land, in dem dieses Recht nicht gewährleistet ist?
- Was würde sich in Ihrem/deinem Leben ändern, wenn Sie/du dieses Recht nicht (gehabt) hätter/hättest?

- Wäre Ihr/dein Leben entscheidend anders (verlaufen), wenn dieses Menschenrecht in unserem Land nicht verwirklicht wäre? Inwiefern?
- Wann haben Sie/hast du zuletzt von diesem Menschenrecht Gebrauch gemacht?
- Wo wird dieses Recht in Ihrem/deinem Alltag gebrochen?
- Gibt es Situationen, in denen Menschen dieses Recht verwehrt wird?
- Sollte Deutschland die diplomatischen Beziehungen zu einem Land abbrechen, das dieses Recht nicht einhält?
- Sollte Deutschland in einem Land, das dieses Recht missachtet, trotzdem sogenannte „Entwicklungshilfe“ leisten?
- Handelt es sich hierbei um ein typisch „westliches“ Menschenrecht, das man nicht so einfach auf andere Gesellschaften/Kulturen übertragen kann/darf?
- Was für Möglichkeiten gibt es, dieses Recht zu schützen? a) in unserem Land und b) weltweit
- Was für Gründe könnte es geben, dass dieses Recht noch nicht weltweit verwirklicht ist?

Die Teilnehmenden fassen in Blitzlichtern ihre Diskussionen kurz zusammen. Die Seminarleitung bittet die Teilnehmenden, sich nun nochmal besonders auf die Situationen zu konzentrieren, in denen die Menschenrechte in ihrem Alltag gebrochen werden. Die Seminarleitung visualisiert diese Situationen stichpunktartig, zum Beispiel auf einem Flipchart und bittet die Teilnehmenden, sich nochmal in Kleingruppen zusammenzufinden und sich mit jeweils einer Situation auseinanderzusetzen. Folgende Leitfragen helfen dabei:

- Was ist passiert?
- Wer war involviert?
- Wessen Menschenrecht wurde missachtet?
- Durch wen wurde es missachtet?
- Welche Handlungsoptionen gibt es in diesem Fall?
- Wie können wir reagieren, wenn wir künftig eine ähnliche Situation erleben?

Die Teilnehmenden stellen also Handlungsempfehlungen zusammen, wie sie im Alltag reagieren können, wenn ihre Menschen- und Freiheitsrechte oder die Rechte anderer missachtet werden. Zur Präsentation können die Teilnehmenden auch eine kreative Präsentationsmethode (Theater, Bild/Collage, Aufstellung) nutzen oder ihre Recherchen in den sozialen Medien veröffentlichen.

MENSCHENRECHTE

ARTIKEL 1

(Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit)

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit¹ begegnen.

ARTIKEL 2

(Verbot der Diskriminierung)

Jede*r hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse², Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des Weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebiets, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner*ihrer Souveränität eingeschränkt ist.

ARTIKEL 3

(Recht auf Leben und Freiheit)

Jede*r hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

ARTIKEL 4

(Verbot der Sklaverei und des Sklavenhandels)

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.

ARTIKEL 5

(Verbot der Folter)

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

ARTIKEL 6

(Anerkennung als Rechtsperson)

Jede*r hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

ARTIKEL 7

(Gleichheit vor dem Gesetz)

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

ARTIKEL 8

(Anspruch auf Rechtsschutz)

Jede*r hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

ARTIKEL 9

(Schutz vor Verhaftung und Ausweisung)

Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

ARTIKEL 10

(Anspruch auf faires Gerichtsverfahren)

Jede*r hat bei der Feststellung seiner*ihrer Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.

ARTIKEL 11

(Unschuldsvermutung)

Jede*r, der wegen einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine*ihre Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine*ihre Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist. Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

ARTIKEL 12

(Freiheitssphäre der*des Einzelnen)

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine*ihre Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner*ihrer Ehre und seines*ihrer Rufes ausgesetzt werden. Jede*r hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

ARTIKEL 13

(Freizügigkeit und Auswanderungsfreiheit)

Jede*r hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. Jede*r hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

ARTIKEL 14

(Asylrecht)

Jede*r hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

ARTIKEL 15

(Recht auf Staatsangehörigkeit)

Jede*r hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

ARTIKEL 16

(Eheschließung, Familie)

Heiratsfähige Frauen und Männer haben ohne Beschränkung auf Grund der Rasse², der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.

Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

ARTIKEL 17

(Recht auf Eigentum)

Jede*r hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben.

Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

ARTIKEL 18

(Gedanken-, Gewissens-, Religionsfreiheit)

Jede*r hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kult-handlungen zu bekennen.

ARTIKEL 19

(Meinungs- und Informationsfreiheit)

Jede*r hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

ARTIKEL 20

(Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit)

Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen. Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

ARTIKEL 21

(Allgemeines und gleiches Wahlrecht)

Jede*r hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.

Jede*r hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem*ihrem Lande.

Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

ARTIKEL 22

(Recht auf soziale Sicherheit)

Jede*r hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner*ihrer Persönlichkeit unentbehrlich sind.

ARTIKEL 23

(Recht auf Arbeit, gleichen Lohn)

Jede*r hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Jede*r, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Jede*r, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner*ihrer Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

Jede*r hat das Recht, zum Schutz seiner*ihrer Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

ARTIKEL 24

(Recht auf Erholung und Freizeit)

Jede*r hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

ARTIKEL 25

(Recht auf Wohlfahrt)

Jede*r hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner*ihrer Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner*ihrer Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

ARTIKEL 26

(Recht auf Bildung)

Jede*r hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen

entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.

Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz

und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassistischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.

Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

ARTIKEL 27

(Freiheit des Kulturlebens)

Jede*r hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

Jede*r hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

ARTIKEL 28

(Soziale und internationale Ordnung)

Jede*r hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

ARTIKEL 29

(Grundpflichten)

Jede*r hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner*ihrer Persönlichkeit möglich ist.

Jede*r ist bei der Ausübung seiner*ihrer Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

ARTIKEL 30

(Auslegungsregel)

Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

1 „Brüderlichkeit“: Wir zitieren hier den Originaltext der Allgemeinen Erklärung. In unserem Verständnis sind alle Geschlechter gemeint.

2 „Rasse“: Wir zitieren hier den Originaltext der Allgemeinen Erklärung. Wir weisen an dieser Stelle auf die komplexe geschichtliche Entwicklung dieses Begriffs hin und deuten ihn im historischen Kontext zum Zeitpunkt der Entstehung der Allgemeinen Erklärung.

GLEICHHEIT

”

Gleichheit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor dem Gesetz, gleiche Chancen am politischen und sozialen Geschehen teilzunehmen, das Recht auf soziale Absicherung und die Gleichstellung aller Geschlechter.

“

Aus dem Grundsatzprogramm der AWO

In den letzten 100 Jahren hat sich Gleichheit sowohl in Deutschland als auch der Welt unterschiedlich entwickelt. Gleichheit erfährt als allgemeines Gerechtigkeitsideal sowie als grundlegendes Merkmal von Gerechtigkeit weiterhin eine hohe Anerkennung durch Menschen, Staaten und Organisationen. Dabei kann zwischen gesetzlicher, sozialer und ökonomischer Gleichheit unterschieden werden. Die Stärkung der rechts- und sozialstaatlichen Ordnung hat in Deutschland auch die Gleichheit vor dem Gesetz gestärkt. Dennoch ist es für privilegierte Menschen heutzutage nach wie vor leichter, ihre Interessen vor Gericht zu verteidigen. Gleichberechtigungs- und Gleichstellungspolitik der vergangenen Jahre kann beachtliche Erfolge verweisen, die allerdings nicht dazu geführt haben, dass frauenfeindliche und rassistische Einstellungen sowie andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der Vergangenheit angehören. Ökonomische Ungleichheit hat seit den 1980er Jahren deutlich zugenommen, in Deutschland schneller als im OECD-Mittel. Vor allem waren in den 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre eine deutliche Erhöhung als Folge von Liberalisierung und Globalisierung des Industriesektors zu beobachten. In den 20 OECD-Ländern, für die Daten verfügbar sind, haben sich nur in Transformationsländern in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien die Löhne noch stärker auseinanderentwickelt. Deshalb lohnt es sich, weiter für Gleichheit einzutreten. Doch bevor über Gleichheit gesprochen werden kann, muss Ungleichheit verstanden werden. Deshalb lautet das Motto der Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung auch „Niemanden zurücklassen – Leave no one behind“. Dies kann mit Hilfe der folgenden Methode verdeutlicht werden.

THE WINNER TAKES IT ALL?

Die Frage, wie Wohlstand verteilt wird und welche Folgen das für jeden einzelnen Menschen und die Gesellschaft insgesamt hat, ist in den letzten Jahren wieder zu einem zentralen Thema in der politischen Diskussion geworden. Dass soziale Ungleichheit ein globales Problem ist, führen immer neue Studien und Zahlen drastisch vor Augen: Die 42 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – knapp 4 Milliarden Menschen. Und in Deutschland? Immer noch lebt jedes fünfte Kind in Deutschland unter der Armutsgrenze, immer noch sind die Aufstiegschancen in Deutschland stark vom Einkommen der Familien abhängig und immer mehr Wohn- und Lebensräume werden privatisiert und den Regeln des freien Marktes unterworfen.

Weil die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, fragen viele Menschen nach den Ursachen für diese ungerechte Verteilung. Deshalb haben sich EPIZ, Brot für die Welt, AWO International und das Bundesjugendwerk der AWO zum Projekt „The Winner Takes It All?“ zusammengetan, um ein Bildungsmaterial zu entwickeln, das grundlegendes Wissen zu sozialer Ungleichheit kritisch und wissenschaftlich fundiert vermittelt. Es war uns wichtig, das Thema nicht nur aus einer deutschen Perspektive, sondern auch in globaler Hinsicht in den Blick zu nehmen.

Bei der Erstellung des Bildungsmaterials wurden drei der 17 Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (Sustainable Development Goals – SDGs) der Vereinten Nationen besonders berücksichtigt: Ziel 1 (Armut in jeder Form und überall beenden), Ziel 8 (Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern) und Ziel 10 (Soziale Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten verringern) dienten als Grundlage für die Auswahl und Erarbeitung der einzelnen Methoden und Erläuterungstexte. Die Methoden konzentrieren sich dabei zum Teil auf den globalen Süden und zum Teil auf die deutsche Gesellschaft. Die Broschüre spiegelt damit einerseits den Geist der SDGs wieder, die von allen Staaten weltweit umgesetzt werden sollen, und andererseits die vielfältigen Zugänge der Partnerorganisationen. Denn diese arbeiten in ganz unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen an unterschiedlichen Orten, teils in Deutschland, teils weltweit – und mit unterschiedlichen Mitteln. Sie teilen aber das Engagement gegen soziale Ungleichheit und für eine gleichere, gerechtere Welt.

Das Methodenheft „The Winner takes it all?“ finden Sie zum Download auf unserer Webseite und kann über AWO International bestellt werden.

CHANCENGLEICHHEIT VERSTEHEN – DAS SÜßE LEBEN FÜR ALLE

INHALT

Chancengleichheit ist ein zentraler Begriff in allen Gerechtigkeitsdebatten. Dennoch können Menschen, die mehr Chancen für ihre Entfaltung als andere erhielten, nur schwer nachempfinden, wie sich die jeweils andere Gruppe fühlt, denen Chancen bislang eher verwehrt blieben – und andersherum. Dieses Spiel ermöglicht es den Teilnehmenden, Chancenungleichheit zu erleben und nachzuempfinden.

ZIEL

Die Teilnehmenden erkennen, wie sich Chancenungleichheit in unserer Gesellschaft entwickelt und welche Einflussmöglichkeiten wir auf eine gerechtere Entwicklung haben.

DAUER

Ca. 90 Minuten

ZIELGRUPPE

Für Jugendliche und Erwachsene geeignet

MATERIAL

- 25 von 1 bis 25 nummerierte Zettel oder Moderationskarten (z. B. aus Restpapier)
 - 19 von 1 bis 19 nummerierte Lose
- 2 Packungen Waffeln oder ähnliche Süßigkeiten (aus fairem Handel)
 - 1 Tafel Schokolade (aus fairem Handel)

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Diese Methode stammt aus dem Übungsbuch „Mehr als eine Demokratie. Sieben verschiedene Demokratieformen verstehen und erleben – 73 Übungen nach der ‚Betzavta-Methode‘“ von Uki Maroshek-Klarman und Saber Rabi (Adam Institute for Democracy & Peace, adaminstitute.org.il) in der Adaption von Susanne Ulrich, Silvia Simbeck und Florian Wenzel, Verlag BertelsmannStiftung, 2015.

ABLAUF

Die Seminarleitung bereitet zunächst das Spielfeld vor. Dazu legt sie die nummerierten Zettel oder Moderationskarten in einem Kreis auf den Boden und legt auf den Feldern 10 und 19 Waffeln (oder ähnliche Süßigkeiten), auf Feld 25 eine Tafel Schokolade aus. Sie lässt im Anschluss alle Teilnehmenden ein verdecktes Los ziehen. Wenn mehr als 15 Teilnehmende spielen, werden Kleingruppen à 3 Personen gebildet, die jeweils ein Los ziehen. Die Lose markieren die Startposition der Teilnehmenden bzw. der Kleingruppen. Die Seminarleitung erklärt Ziel und Regeln des Spiels:

- Ziel: Die Schokoladentafel gewinnen.
- Die nummerierte Karte ist die Startposition.
- Die Waffeln/Süßigkeiten auf Position 10 und 19 erhalten diejenigen, die zuerst die Position erreichen. Auf sie wartet eine zusätzliche Überraschung.

Die*der Teilnehmende bzw. die Kleingruppe mit der höchsten Nummer beginnt das Spiel. Dazu wird immer einmal gewürfelt, die*der Teilnehmer*in/die Kleingruppe darf jeweils um die gewürfelte Augenzahl vorwärtsrücken. Die*der Teilnehmende/die Kleingruppe mit der zweithöchsten Ausgangsposition macht weiter. Sobald ein*e Teilnehmende/Kleingruppe die Positionen 10 oder 19 erreicht (oder bereits zum Start das Los Nr. 10 oder 19 zog), wird das Spiel kurz unterbrochen: Die Seminarleitung erklärt, dass die*der Teilnehmende/Kleingruppe nun eine Regel verkünden darf, die für alle anderen Teilnehmenden bis zum Ende des Spiels gilt. Die Seminarleitung notiert diese für alle gut sichtbar und das Spiel geht weiter (oder beginnt, falls bereits zum Start ein Los mit der Nr. 10 oder 19 gezogen wurde). Das Spiel ist beendet, sobald die Schokolade erreicht wurde. Die Seminarleitung kann bei hitzigem Spielverlauf die Teilnehmenden dazu anregen, ihre Rollen „wegzuschütteln“ und eine kleine Pause einlegen, um die Teilnehmenden auf die Auswertung einzustimmen. Die Seminarleitung fragt die Teilnehmenden nacheinander nach ihren Gedanken, Gefühlen und ihrem Verhalten während des Spiels. Folgende Leitfragen können dabei behilflich sein:

- Hat Sie Ihr/dich dein eigenes Verhalten während des Spiels überrascht?
- Haben alle Spieler*innen während des Spiels tatsächlich und gefühlsmäßig die gleichen Chancen gehabt?
- Welche Verhaltensweisen sind während des Spiels durch gleiche Chancen oder ungleiche Bedingungen entstanden?
- Welche Vor- und Nachteile bieten gleiche Spielchancen? Welche haben ungleiche Spielchancen?
- Ist Ihnen/dir Chancengleichheit wichtig? Wer sollte darüber entscheiden?

Eine weitere Auswertungsrunde konzentriert sich auf die Regeln, die im Spielverlauf entstanden sind:

- Sind die Spielregeln fair gewesen?
- Sind die neu erstellten Regeln fair gewesen?
- Haben neue Regeln dazu beigetragen, unfaire Spielregeln auszugleichen? Haben neue Regeln Chancengleichheit verstärkt?
- Welche neuen Regeln würden Sie/würdet ihr erfinden, wenn das Spiel noch einmal gespielt werden sollte?

In einer dritten Auswertungsrunde überlegen die Teilnehmenden gemeinsam mit der Seminarleitung, inwiefern sich das Spiel auf den Alltag übertragen lässt und wie wir ungleiche gesellschaftliche Bedingungen verändern können.

HINWEISE FÜR DIE MODERATION

Sobald auf Position 10 und 19 eine neue Regel verkündet wird, äußert sich die Seminarleitung nicht zur gefundenen Regel oder die Reaktion der Mitspielenden, auch wenn diese nicht eingehalten oder die Schokolade weggeschnappt/durch andere Teilnehmende angeeignet wird. Die Seminarleitung darf auf keinen Fall intervenieren, es sei denn in inakzeptablen Fällen von Beleidigung, Abwertung oder Gewalt. Während des Spiels sind viele Szenarien denkbar, da das Verhalten der Spielenden nicht vorsehbar ist. Die Regeln können auch den Spielverlauf komplett ändern oder umkehren: sowohl in Richtung mehr Chancengleichheit (z. B. alle anderen zurück auf Nummer 1) oder mehr Chancengleichheit (Benachteiligungen werden aufgehoben, Schokolade/Süßigkeiten geteilt, etc.). Ziel des Spiels ist es, zu verdeutlichen, dass Menschen im Leben zufällig bei ihrer Geburt unterschiedliche Startpositionen zugewiesen werden, die sich in einer ungleichen Gesellschaft verstärken oder verringern können, je nachdem, wie die Mitglieder dieser Gesellschaft mit dieser Ausgangslage umgehen. Es gibt also keine „richtigen“ oder „falschen“ Entscheidungen der Teilnehmenden, vielmehr sollten ihre Entscheidungen auf die Gesellschaftsebene übertragen und auf ihre Folgen für die Allgemeinheit überprüft werden. Die nötige Zurückhaltung der Seminarleitung erklärt sich daraus, dass ihre Position im Spielgefüge auf die gesellschaftliche Realität nur schwer übertragbar ist. Sie organisiert vielmehr eine „Ausgangspunkt-Realität“ zu Beginn des Spiels, welche durch die Teilnehmenden genutzt und verändert wird und am Ende des Spiels auch ganz anders konstituiert sein kann.

GERECHTIGKEIT

”

Gerechtigkeit herrscht, wenn der einzelne Mensch frei ist, solidarisch mit den anderen handelt und die gleichen Chancen im Leben hat. Um das zu erreichen, braucht es staatliche Steuerung und Umverteilung: Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit. So wird gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft durch Bildung, Kultur und soziale Bürgerrechte möglich. Soziale Ungleichheit darf nicht dazu führen, dass Vermögende über andere verfügen können.

“

Aus dem Grundsatzprogramm der AWO

Trotz neuer sozialstaatlicher Absicherungen in der Weimarer Republik war die deutsche Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg auch von Hunger und Not geprägt, so dass die Menschen auf zusätzliche soziale Hilfen angewiesen waren. Während der Zeit des Nationalsozialismus standen Hilfeleistungen nur den Menschen zur Verfügung, die in das ideologische Bild passten. Erst nach Ende des Dritten Reiches und durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts am 24. Juni 1954 änderte sich dieser Umstand. Dort wurde auf Basis der Grundrechte auf Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG), der freien Entfaltung der Persönlichkeit und körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 GG) sowie dem Sozialstaatsgebot Art. 20 GG festgelegt, dass ein gerichtlich durchsetzbarer Rechtsanspruch des Bürgers auf soziale Fürsorge durch den Staat gegeben ist. Die Sozialpolitik in der DDR unterschied sich in der konsequenten Umsetzung des Rechts auf Arbeit, Ausrichtung des Sozialsystems an Betrieben, einer Mindestrente und Subventionierung der Existenzsicherung (z. B. Lebens-

mittel, Wohnraum) von der Sozialpolitik Westdeutschlands. Seit der Wiedervereinigung und voranschreitenden Globalisierung wird die Gerechtigkeitsfrage nach der globalen Verteilung von Ressourcen stetig wichtiger. Stimmen finden immer häufiger Gehör, die sich gegen das aktuelle Wirtschaftsmodell des ewigen Wachstums aussprechen und darauf hinweisen, dass viele Menschen zwar mehr besitzen, aber nicht unbedingt glücklicher sind. Die Aufrechterhaltung des ressourcenintensiven Lebensstils setzt die Menschen nicht nur unter Stress und Leistungsdruck, sondern fordert global betrachtet soziale und ökologische Opfer, indem insbesondere im Globalen Süden – zunehmend auch im Globalen Norden – die Arbeitskraft der Menschen sowie Naturräume ausgebeutet werden. Für das monetäre Einkommen muss mehr Energie und Zeit aufgebracht werden, weshalb für soziale Kontakte und für individuelle Fürsorge weniger Zeit zur Verfügung steht. Auch deswegen steigt im Globalen Norden das Interesse an Konzepten wie ‚Buen Vivir‘ oder dem ‚Bruttoinlandsglück‘, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit und nicht die wirtschaftliche Entwicklung priorisieren. Doch auch im Globalen Norden entstehen immer mehr Bewegungen, die ein Umdenken fordern, wie zum Beispiel ‚Degrowth/ Postwachstum‘ oder ‚Zero Waste‘. Unter ‚Degrowth‘ oder Postwachstum wird eine Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform verstanden, die nicht länger nach dem ewigen wirtschaftlichen Wachstum strebt, sondern gerechte Entwicklung und das Wohlergehen aller sowie den Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen zum Ziel hat. Hinter ‚Zero Waste‘ steckt die Idee, den eigenen ökologischen Fußabdruck durch Müll- und Verpackungsreduzierung zu senken. Auch wenn der Begriff es zunächst vermuten lässt, geht es nicht darum, von einem auf den anderen Tag müllfrei zu leben, sondern sich über die durch Verpackung entstehende Ressourcenverschwendung bewusst zu werden und diese zu minimieren. Denn die Verteilung begrenzter Ressourcen wird zunehmend zum Gradmesser von Gerechtigkeit: Nur wenn es uns gelingt, Ressourcen allen Menschen verfügbar zu machen, ohne dabei den Naturraum komplett zu zerstören, kann ein gutes und gerechtes Leben für alle erreicht werden.

GERECHTIGKEIT

DAS GUTE, GERECHTE LEBEN FÜR ALLE

INHALT

Wohlstand und gerechte Verteilung von Gütern werden aktuell im Großteil der Welt unter monetären Gesichtspunkten gemessen. Diese Methode zeigt auf, dass noch weitere Ansätze eines guten Lebens existieren, die andere Faktoren als ausschließlich wirtschaftliche berücksichtigen.

ZIEL

Die Teilnehmenden bekommen einen ersten Eindruck davon, dass unterschiedliche Definitionen existieren, die ein gutes Leben beschreiben. Es wird deutlich, dass neben dem vorherrschenden Ansatz des ewigen wirtschaftlichen Wachstums und dem Streben nach mehr Besitz andere Konzepte ebenso ihre Gültigkeit haben, die darüber hinaus soziale und ökologische Faktoren in den Fokus rücken.

DAUER

Ca. 80 Minuten

ZIELGRUPPE

Für Jugendliche und Erwachsene geeignet

MATERIAL

Flipchart, Marker, Stifte, Papier, Moderationskarten (z. B. aus Restpapier),
PC/Laptop, Beamer, Internetanschluss

TIPPS

Weitere Angaben und Tipps finden Sie unter der Methode
„Vertiefung: Das gute, gerechte Leben für alle – Buen Vivir“.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die „Gutes Leben für alle Kongresse“ und die „Gutes Leben für alle Dialogreihe“ werden vom Institute for Multi-Level Governance and Development am Department für Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien und dem Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit der Wirtschaftsuniversität Wien organisiert, gemeinsam mit einer

Vielzahl wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen.

In der aktuellen Übergangszeit, die von Verunsicherung, Angst und Pessimismus geprägt ist, beschreibt das gute Leben für alle eine Welt, in der das freie Zusammenleben friedlich, solidarisch und demokratisch organisiert wird.

Es ist eine Utopie von einem Gemeinwesen, das mit unserem derzeitigen Stand technischer und zivilisatorischer Entwicklung durchaus verwirklichtbar ist.

Die Reflexion über diese Utopie ist ein Denkangebot, das Hoffnung gibt.

Weitere Informationen: guteslebenfueralle.org

ABLAUF

Um in das Thema einzusteigen, fragt die Seminarleitung die Teilnehmenden zunächst, was für sie „gut“, „gerecht“ und ein „gutes, gerechtes Leben“ bedeutet. Sie hält die Assoziationen auf einem Flipchart fest. Die Seminarleitung unterscheidet in der Darstellung zwischen natürlichen Ressourcen (z. B. „sauberes Wasser“, „Grundnahrungsmittel“ etc.) und menschliche Faktoren (z. B. „gerechtes Justizsystem“, „gute Bildung“, „keine Korruption“ etc.). Sobald keine Vorschläge mehr geäußert werden, fragt die Seminarleitung, ob diese Faktoren nur individuell oder für alle Menschen gelten und bittet die Teilnehmenden, ihren Standpunkt dazu zu begründen. Im nächsten Schritt erklärt die Seminarleitung, dass natürliche Ressourcen begrenzt sind und deren Vorkommen sinkt, während auf der anderen Seite die Anzahl der Menschen steigt. Eventuell können deshalb nicht alle Faktoren, die von den Teilnehmenden für ein gutes und gerechtes Leben bestimmt wurden, allen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Daher werden die Teilnehmenden nun gebeten, in Kleingruppen erneut zu überlegen, welche Faktoren für ein gutes und gerechtes Leben aller Menschen wirklich unverzichtbar sind. Die Teilnehmenden tauschen sich in Gruppen darüber aus und halten ihre Ergebnisse auf Moderationskarten oder Zetteln fest, die anschließend präsentiert werden. Nun werden diejenigen natürlichen und menschlichen Faktoren sichtbar, die für ein gutes und gerechtes Leben für alle unverzichtbar und welche optional sind, wie etwa „mindestens einmal im Jahr Urlaub mit dem Flugzeug“, „jeden Tag Kaffee“, „ein Auto“, „Shopping“ usw.

Die Seminarleitung fasst abschließend die wesentlichen Übereinstimmungen sowie Unterschiede zusammen und leitet zu den unten angeführten Videos über, die verschiedene Ansätze zeigen, um Wohlstand und somit ein gutes und gerechtes Leben für alle zu messen. Diese Videos dienen als Vorbereitung für die nächste Methode zum Konzept ‚Buen Vivir‘ – einem anderen Verständnis von einem guten Leben und sensibilisiert die Teilnehmenden für andere Perspektiven als die im Globalen Norden weit verbreiteten. Die Teilnehmenden notieren sich die wichtigsten Punkte in Stichworten, um anschließend über diese Konzepte und ihre Meinungen zu sprechen:

Video 1: „Was ist das Bruttoinlandsprodukt?“
(Deutsche Welle), bit.ly/2VbYN9D

Video 2: „Bhutan und das Bruttosozialglück“
(Arte: Mit offenen Karten), bit.ly/2J83CiC

HINWEISE FÜR DIE MODERATION

Wenn Sie zeitlich eingeschränkt sein sollte, können Sie darauf verzichten, die Videos mit den Teilnehmenden anzusehen. Dieses Bild kann Sie zudem bei der Vorbereitung oder Visualisierung der Assoziationen unterstützen: bit.ly/2V4MkV2

VERTIEFUNG: DAS GUTE, GERECHTE LEBEN FÜR ALLE – BUEN VIVIR

INHALT

In Lateinamerika (und anderswo) schlagen angesichts der Krise des westlichen Modells immer mehr Menschen, soziale Bewegungen und auch Regierungen eine neue Philosophie vor: Um einen wirklich nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt zu schaffen, darf wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr vor Umweltschutz und sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit stehen. Dabei beziehen sie sich unter anderem auf traditionelle indigene Konzepte wie das des ‚Buen Vivir‘. Der Ansatz des „Guten Lebens“ beschreibt die philosophischen Grundlagen eines nachhaltigen Lebens für alle im Einklang mit Natur und Umwelt. Dabei wird den Interessen der Menschen und der Natur Vorrang vor wirtschaftlicher Entwicklung und Reichtum für einige Wenige eingeräumt. Der Ansatz steht im Kontext der indigenen Traditionen, aber auch der jüngeren Abkehr vom westlichen Entwicklungsdenken durch verschiedene soziale Bewegungen in Lateinamerika. Die Vorstellung eines „Guten Lebens“ wird mittlerweile von vielen gesellschaftlichen Akteur*innen aufgegriffen und neu gedacht. In Bolivien und Ecuador hat das Konzept bereits Eingang in die neuen Verfassungen gefunden und soll politisch handlungsanleitend werden. In Deutschland und Europa stößt der Ansatz des ‚Buen Vivir‘ auf großes Interesse und es stellt sich die Frage, was wir hier, für unsere auf Wohlstand und Wachstum orientierten Gesellschaften, davon lernen können.

ZIEL

Anhand von Textauszügen setzen sich die Teilnehmenden in dieser Methode mit dem Ansatz des ‚Buen Vivir‘, des ‚Guten Lebens‘, aus Bolivien und Ecuador auseinander. Dazu erarbeiten sie in Kleingruppen die unterschiedlichen Aspekte der Philosophie und Praxis des ‚Buen Vivir‘ und stellen diese anschließend der Gesamtgruppe vor.

DAUER

Ca. 50 Minuten

ZIELGRUPPE

Für Jugendliche und Erwachsene geeignet

MATERIAL

Moderationskarten/Papier für Plakate (z. B. aus Papierresten), Textmaterial (zum Download auf unserer Webseite)

TIPPS

- Alternativen zum stetigen Konsum: Gerecht Einkaufen mit praktischen Tipps von AWO International für den Alltag. Hier zum Download: bit.lys/2V4BmTp
 - Ökologischer Fußabdruck und Klimaschutz: AWO-Projekt Klimafreundlich Pflegen klimafreundlich-pflegen.de
 - Zero Waste Blogs: wastelandrebel.com und tagessuppe.at
 - Ujamaa. Heinrich Böll Stiftung: bit.ly/2Xmvt11
 - Degrowth. Was ist Degrowth?: bit.ly/2VQvWbY
- Nico Paech (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. Oekom Verlag.
 - Fairbindung: Endlich Wachstum! endlich-wachstum.de

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Diese Methode haben wir von „Fairbindung: Endlich Wachstum!“ übernommen, die diese Methode mit freundlicher Genehmigung des Informationsbüro Nicaragua aus dem Methodenheft „Bildungslabor Lateinamerika“ übernommen und angepasst haben: infobuero-nicaragua.org

Wenn Sie mit den Teilnehmenden tiefer in das Thema „Postwachstumsgesellschaft“ einsteigen möchten, bieten sich die Methode „Zeitreise in die Zukunft – Ideen für eine Postwachstumsgesellschaft“ aus „Endlich Wachstum!“ an. Darüber hinaus kann auch noch der von Julius Nyerere geprägte afrikanische Sozialismus ‚Ujamaa‘ erwähnt werden.

ABLAUF

Die Texte werden in ausreichender Anzahl ausgedruckt. Als Einstieg sollte kurz der Begriff des ‚Buen Vivir‘ eingeführt, übersetzt und erklärt werden, damit die Teilnehmenden ein Grundverständnis des Konzepts gewinnen, mit dem sie an die Texte herangehen können (siehe Hintergrundinformationen). Anschließend wird die Gesamtgruppe in Kleingruppen eingeteilt:

- Gruppe 1: Was wird alles unter ‚Buen Vivir‘ verstanden?
- Gruppe 2: Was sind die indigenen Traditionen und Wurzeln des Konzepts ‚Buen Vivir‘?
- Gruppe 3: Wie sieht das Konzept des ‚Buen Vivir‘ die Umwelt und die Natur?
- Gruppe 4: Wie äußert sich das ‚Buen Vivir‘ in den Verfassungen Boliviens und Ecuadors?
- Gruppe 5: Was kritisiert das Konzept des ‚Buen Vivir‘ an den westlichen Vorstellungen von „Entwicklung“?

Jede Gruppe erhält nun Arbeitsblätter mit verschiedenen Textpassagen aus Artikeln, Interviews, Sachtexten und Blogbeiträgen. Die Teilnehmenden haben dann etwa 20 Minuten Zeit, sich mit Hilfe der Arbeitsblätter mit dem Konzept des ‚Buen Vivir‘ auseinanderzusetzen, Verständnisfragen zum Text zu klären und die genannten Aspekte in Stichworten auf Moderationskarten festzuhalten. Als Leitfrage dient die jeweilige Frage der Gruppe. Die Ergebnisse werden dann in einer Mindmap zum ‚Buen Vivir‘ zusammengetragen. Die Teilnehmenden sitzen im Kreis, in die Mitte wird eine Moderationskarte gelegt, auf der ‚Buen Vivir‘ steht. Die verschiedenen Gruppen legen nun nach und nach die von ihnen beschriebenen Karten dazu und erläutern diese. Nach der Präsentation der Kleingruppen werden offene Fragen geklärt. Eine anschließende Reflexion kann anhand folgender Fragen verlaufen:

- Was sind eure/Ihre Gedanken zum Konzept des ‚Buen Vivir‘?
- Erscheint euch/Ihnen eine Übertragung auf die Lebensrealität hier in Deutschland und Europa möglich und sinnvoll?
- Welche Unterschiede seht ihr/sehen Sie?

Nach der beschriebenen Auswertung fasst die Moderation noch einmal zusammen, dass es verschiedene

Ansichten und Konzepte zu einem guten Leben gibt. Es werden noch einmal die zwei Konzepte (‚Buen Vivir‘ und ‚Bruttosozialglück‘) aufgezählt. Wenn nicht bereits von den Teilnehmenden erwähnt, kann die Seminarleitung darauf hinweisen, dass die Beschäftigung mit anderen Konzepten nicht nur das westliche System als solches hinterfragt, sondern gleichzeitig auch unseren eigenen übermäßigen Konsum, der zu global sozialer Ungleichheit und Umweltzerstörung beiträgt.

HINWEISE FÜR DIE MODERATION

Die Textausschnitte für die Gruppe 5 sind etwas anspruchsvoller als die anderen – bei Gruppen, die mit dem Thema weniger vertraut sind, kann die Kleingruppe 5 daher auch weggelassen werden. Die Arbeitstexte bewegen sich – wie viele Texte zum ‚Buen Vivir‘ – sehr stark auf einer konzeptionellen, philosophischen Ebene. Das hat bei vielen Gruppen zur Folge, dass mehr Fragen – z.B. zu konkreten Umsetzungsformen von ‚Buen Vivir‘ – aufgeworfen werden als Antworten zur Verfügung stehen. Es ist deshalb wichtig, auf den philosophischen und rudimentären Charakter der Texte hinzuweisen und dazu zu ermutigen, sich von den Gedankenbausteinen anregen zu lassen, auch wenn vieles offen bleibt.

Es ist zugleich sinnvoll, sich als Seminarleitung vorher intensiver mit dem Konzept auseinanderzusetzen, um die aufkommenden Aspekte und Fragen einordnen zu können. Dazu bieten sich folgende kostenlosen Publikationen an:

- Heinrich-Böll-Stiftung (2011). Buen Vivir – Recht auf gutes Leben: bit.ly/2VnuK3x
- Gudynas, Eduardo; Pedersen, Birte und Land, Miriam (2012). Rosa-Luxemburg-Stiftung. Buen Vivir – Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum. Reihe Analysen von Eduardo Gudynas: bit.ly/2vLaGZD
- Darüber hinaus gibt es noch ausführlichere Vorschläge zur Einbettung von Buen Vivir in die Bildungsarbeit, neben dem Informationsbüro Nicaragua z.B. auch beim Welthaus Bielefeld: bit.ly/2JvzpJ

SOLIDARITÄT

”

Solidarität entsteht in der Gemeinschaft. Sie bedeutet, füreinander einzustehen und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal anderer zu überwinden. Die Verantwortung und Verpflichtung der Menschen untereinander gilt zwischen dem*der Starken und dem*der Schwachen. Sie kann nur wechselseitig funktionieren. Der Staat macht durch Rechtsverpflichtungen Solidarität bindend. Im kollektiven Zusammenschluss haben die Menschen die Kraft, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Wer in Not gerät, kann sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen. Solidarität darf niemanden ausschließen.

“

Aus dem Grundsatzprogramm der AWO

Auf globaler Ebene engagieren sich Entwicklungs- und Umweltorganisationen für eine gerechtere Welt und ein faires Zusammenleben. Ebenso sollen die von der Weltgemeinschaft festgelegten Globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals/SDG), also die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, als Leitbilder für alle Länder dienen. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und Ausbeutung der Natur rücken zunehmend in das Bewusstsein von Politik und Verbraucher*innen, auch aufgrund des Engagements sozialer Bewegungen, der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen. Hier liegt eine Chance: Im Diskurs über unser Konsumverhalten kann ein globales Solidaritätsgefühl entstehen und Kaufentscheidungen verändert werden. Konsument*innen wird bewusst, dass Menschen durch globale Wertschöpfungsketten enger miteinander verbunden sind, als sie annehmen.

SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT

In der „SoLaWi“ werden die Kosten landwirtschaftlicher Produktion von privaten Haushalten getragen, welche dafür anteilig den Ernteertrag erhalten. Zudem bekommen die Verbraucher*innen einen Einblick in die Produktion von ökologischen sowie regional erzeugten Lebensmitteln. Durch den persönlichen Bezug zueinander erfahren sowohl die Erzeuger*innen als auch die Verbraucher*innen die vielfältigen Vorteile einer nicht-industriellen, marktunabhängigen Landwirtschaft.

Weitere Informationen:
solidarische-landwirtschaft.org

So wächst beispielweise die Baumwolle für ein T-Shirt in Indien, die Konfektion erfolgt in Bangladesch und die deutsche Kundschaft kauft es, bevor es schließlich als Secondhandware nach Übersee verschifft wird. Gewerkschaften rund um den Globus und globale Verbände setzen sich deshalb für verbesserte Arbeitsbedingungen verschiedener Branchen und Berufsfelder ein. Doch auch auf lokaler Ebene können sich Organisationen und die Zivilgesellschaft solidarisch zeigen, indem Menschen sich beispielweise in Vereinen jeglicher Art oder nachbarschaftlich engagieren oder Lebensmittel aus Solidarischer Landwirtschaft* beziehen. Gleichzeitig findet Solidarität bereits im kleineren Kreis statt. Dies ist notwendig, denn noch heute werden Menschen im öffentlichen Raum auf Grund ihrer Hautfarbe, Religion, sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts usw. diskriminiert und erfahren Benachteiligung, manchmal auch an unerwarteter Stelle innerhalb des engsten Familien-, Freundes- und Bekanntenkreises, in der Nachbarschaft oder von Beamt*innen und Angestellten im öffentlichen Dienst. Je lokaler gelebte Solidarität ist, desto mehr sind ihre direkten Auswirkungen zu sehen. Darüber hinaus sollten wir die Einflussmöglichkeiten auf Produktions- und Arbeitsbedingungen durch eine Änderung unseres Konsums- und Einkaufsverhaltens nicht unterschätzen, auch wenn politische Entscheidungen unabdingbar für eine langfristige Veränderung sind. Die folgende Methode kann dabei behilflich sein, ein solidarisches Bewusstsein als Grundlage für solidarisches Handeln zu entwickeln.

PLANSPIEL – UNSER FAIRER ANTEIL

INHALT

Die gegenwärtige Form des Welthandels hat Wurzeln, die teilweise weit zurückreichen. Diese Methode verbindet aktuelle Debatten um faire Produktions- und Handelsbedingungen mit einer historischen Perspektive auf Welthandel als koloniales Erbe.

ZIEL

Die Teilnehmenden kennen den Weg der Banane von der Plantage bis zu den Konsument*innen und setzen sich mit der Frage „Wer bekommt wie viel vom Verkaufspreis einer Banane?“ auseinander.

DAUER

Ca. 60 Minuten

ZIELGRUPPE

Für Jugendliche und Erwachsene geeignet

MATERIAL

Rollenkarten, Bananen (aus fairem Handel), 30 x 1-Cent-Stücke (in der Methodenbox oder eingesammelt), Tische für Kleingruppen

TIPPS

Solidarisch im Konsum:

- Güter zwischen Freund*innen leihen und tauschen
- Ratgeber „Gerecht einkaufen“ von AWO International: <https://bit.ly/2BT7y1Q>
- Solidarische Landwirtschaft: solidarische-landwirtschaft.org
- Podcast haferundvanille: linktr.ee/haferundvanille
 - Fashion Revolution: fashionrevolution.org
- Zum Überprüfen von Produkten: codecheck.info

Solidarisch in Alltagssituationen:

- Flyer: Was sage ich, wenn...? bit.ly/11nqJf2
- Wie du Menschen helfen kannst, wenn sie verbal angegriffen werden. Text und Illustration: bit.ly/2J79E2O
- Start with a Friend: start-with-a-friend.de

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

- Idee/Quelle: Banana Split!, CAFOD (www.cafod.org.uk; ausgearbeitet 2005 auf Basis eines von Christian Aid und Bananalink veröffentlichten Spieles), Welthaus Diözese Graz-Seckau
- Mehr Informationen zur Wertschöpfungskette von Bananen unter: bit.ly/2VUkyPt, Kampagne Make fruit fair von Oxfam: bit.ly/2VaoWY

ABLAUF

Die Teilnehmenden bilden fünf Kleingruppen, die jeweils eine Rollenkarte erhalten. Die Rollen sind Supermarktleiter*in, Import-Exporteur*in, Spediteur*in, Plantagenbesitzer*in/Anbaukonzern und Plantagenarbeiter*in. Sie lesen die Rollenkarten durch und überlegen sich zunächst, wie viel ihnen vom Verkaufserlös einer Banane (30 Cent) aufgrund der Informationen auf der Karte zusteht.

Runde 1:

Jede Kleingruppe erhält eine Banane. Die gesamte Banane symbolisiert 30 Cent, die Hälfte der Banane dementsprechend 15 Cent usw. Die Kleingruppe überlegt sich, wie viel Cent ihnen zusteht und schneidet ein dementsprechend großes Stück der Banane ab. Die Plantagenarbeiter*innen schneiden ab Stielende, die Supermarktbesitzer*innen ab dem spitzen Ende der Banane, die anderen Gruppen schneiden ein Mittelstück ab. Die Kleingruppen kommen zusammen und präsentieren gegenseitig ihre Bananenstücke und tragen Argumente vor, warum sie den jeweiligen Betrag einfordern. Die Supermarktleiter*innen beginnen. Die Seminarleitung trägt (z. B. auf einem Flipchart) in einer dreispaltigen Tabelle die Forderungen ein und bildet am Ende der Spalte 1 eine Summe. In der Regel ist der Betrag höher als 0,30 € und eine „Riesenbanane“ entsteht.

Runde 2:

Die Seminarleitung bereitet 30 x 1-Cent-Stücke vor und legt diese in einen Behälter. Sie erklärt, dass der Endpreis leider zu hoch ist und die Kund*innen die Bananen als zu teuer verschmähen. Daher müssen alle Gruppen ihre Forderungen überprüfen. Sie ziehen sich zurück und überlegen, wie viel Cent sie in der zweiten Runde fordern und ob sie Einsparungen vornehmen können. Die Kleingruppen kommen erneut zusammen und tragen ihre Argumente vor. Die Supermarktleiter*innen beginnen erneut. Sie erhalten nun den Behälter mit den Cent-Stücken (die „Kasse“, da sie als erste in der Wertschöpfungskette das Geld der Kund*innen erhalten) und nehmen sich ihren Anteil heraus. Sie geben die „Kasse“ an die Importeur*innen weiter, die ihre Argumente vortragen und den Betrag entnehmen. Es folgen die Spediteur*innen, Plantagenbesitzer*innen/Anbaukonzerne und zuletzt die Plantagenarbeiter*innen. Die Seminarleitung trägt die Beträge in die zweite Spalte der Tabelle ein. Sollte der Betrag immer noch höher als 30 Cent sein, kann diese Runde wiederholt werden.

Runde 3:

Die Seminarleitung erklärt die tatsächliche Verteilung und trägt diese in Spalte 3 der Tabelle ein:

VERKAUFSERLÖS EINER BANANE

| | | |
|--|-------|--|
| Supermarktleiter*in (Handel: 46%) | 14 ct | Im Globalen Norden bleiben bis zu 27 ct (bis zu 88%) des Erlöses (abhängig vom Unternehmenssitz) |
| Export-Importeur*in (Export: 4%, Reifung: 10 %, Zölle: 8%) | 7 ct | |
| Spediteur*in (Transport: 20%) | 6 ct | |
| Plantagenbesitzer*in/ Anbaukonzern (Produktion: 7%) | 2 ct | Im Globalen Süden verbleiben lediglich bis zu 3 ct (12%) des Erlöses (abhängig vom Unternehmenssitz) |
| Arbeiter*innen (Löhne: 5 %, davon Plantagenarbeiter*innen: <2%) | 1 ct | |
| 30 ct | | |

Die Seminarleitung greift Argumente der Kleingruppen auf und beginnt mit einer Zwischenauswertung, in der folgende Fragen und Aspekte berücksichtigt werden:

- Wie fühlt ihr euch in eurer Rolle?
- Wie empfindet ihr die Verteilung des Erlöses?
- In welchem Erdteil verbleibt der höhere Anteil des Erlöses?
- Wer ist in der Produktionskette der mächtigste Teil, weshalb?
- Welche Rolle spielen die Konsument*innen? Sie sind bislang nicht berücksichtigt worden
- Was können wir als Konsument*innen verändern? Was nicht?
- Würden die Teilnehmenden auch den zuerst ermittelten „zu hohen“ Betrag für eine Banane bezahlen? Warum/Warum nicht?
- Unter welchen Bedingungen wären wir bereit, mehr für eine Banane zu bezahlen?

Konsument*innen sind oft dazu bereit, höhere Preise zu zahlen, wenn der Erlös in der Wertschöpfungskette benachteiligten Gruppen zugutekommt. Fairer Handel überprüft alle in der Wertschöpfungskette Beteiligten, um mehr Transparenz herzustellen, sorgt für verlässliche Preise, stabile Löhne und investiert in soziale und ökologische Strukturen in den Anbaugebieten. Oft werden auch eine ökologische Anbauweise und gerechte Landbesitz- und Mitbestimmungsstrukturen gefördert. Hier gibt es unterschiedlich „strenge“ Netzwerke, die verschiedene Siegel für fairen Handel vergeben.

Nach dem Planspiel greift die Seminarleitung das Thema Solidarität zur erweiterten Auswertung auf: Zunächst wird anhand des Bananen-Beispiels aufgezeigt, wie wir uns entlang der globalen Wertschöpfungskette solidarisch zeigen können. Dies trifft ebenso auf andere Lebensmittel und Konsumgüter zu. Die Seminarleitung kann der Gruppe den Auftrag erteilen, gemeinsam zu überlegen, wie sie eigene Konsum- und Kaufentscheidungen verändern können: Zum Beispiel durch Verzicht, Entscheidung für alternative Produkte aus öko-fairer Produktion, Gespräche mit anderen Menschen oder Aktivismus. Die Teilnehmenden halten ihre Ideen auf einem Flipchart fest. Danach weist die Seminarleitung darauf hin, dass Solidarität bereits im engsten Umfeld anfängt und sich nicht nur auf Kaufentscheidungen bezieht, sondern auch auf das gesellschaftliche Miteinander. Ein Beispiel hierfür ist, wenn ein Mensch im öffentlichen Nahverkehr diskriminiert wird. Deshalb überlegen sich die Teilnehmenden nun, wie sie auf lokaler Ebene solidarisch handeln können. Dazu können sie zunächst Situationen sammeln, die sie bereits erlebt haben, in denen solidarisches Handeln wichtig war – oder gewesen wäre. Sie können auch erörtern, was sie in manchen Situationen davon abgehalten hat, sich solidarisch zu zeigen oder zu intervenieren. Im Anschluss überlegen sie gemeinsam, wie sie künftig in solchen Situationen reagieren können. Alle Vorschläge werden vorgestellt und visuell festgehalten. Wenn Bedarf da ist, kann die Moderation noch weitere solidarische Formen/Organisationen aufzeigen, beispielsweise:

- Start with a friend e. V.
- Genossenschaften
- Solidarisches Wohnen/Wohnprojekte
- Aufsuchen von Nachbarschaftscafés, um mit Leuten in Kontakt zu kommen, die Diskriminierung erfahren, um danach besser solidarisch handeln zu können.

In einem Blitzlicht halten die Teilnehmenden abschließend fest, warum sie Solidarität für wichtig halten und welchen Wert sie darin sehen.

SUPERMARKTLEITER*IN

Mitarbeiter*innen:

Du musst dein Personal bezahlen. Indem du überwiegend Frauen in befristeten Teilzeitjobs beschäftigst, vielen nur den Mindestlohn bezahlst und viele Mini-Jobber*innen beschäftigst, kannst du die Lohnkosten drücken.

(Quelle: Kleine Anfrage 18-12974 der Linksfraktion im Bundestag) Link <https://bit.ly/2XPrvj3>

Laufende Kosten:

Du musst die Ladenmiete oder einen Investitionskredit, Beleuchtung, Transport, Arbeitskleidung des Personals und die Reinigung des Ladens bezahlen. Da die Fläche außerhalb der Stadt günstiger war, hast du einen großen Parkplatz gebaut, damit die Kund*innen mit dem Auto kommen. Damit sie nicht auf dem Markt oder in den kleinen Läden in der Innenstadt einkaufen, musst du die Ware viel billiger anbieten. Du musst deine Artikel bewerben, um zu erreichen, dass die Kund*innen zu dir kommen – nicht woanders hin.

Konkurrenz:

Du musst immer neue Ideen haben, um dich von anderen Supermärkten abzuheben – entweder sehr billige Preise oder ein besonderes „Einkaufserlebnis“.

Risiken:

Die vorbestellten Bananen kommen überreif an – dadurch verärgerst du die Kundschaft und sie kaufen das nächste Mal woanders ein.

Die einst klassischen „Kolonialwaren“ wie Zucker, Kaffee, Tabak, Reis, Kakao, Gewürze und Tee finden sich heute ganz selbstverständlich in jedem Supermarkt. 1898, als diese Produkte noch als etwas Besonderes galten, gründete eine Gruppe von Einkaufsvereinen die „Einkaufsgenossenschaft deutscher Kolonialwarenhändler“ – kurz „E.d.K.“ Später wurde aus dieser Abkürzung der Name EDEKA – heute eine große und allgemein bekannte Supermarkt-Kette, die ihre Ursprünge heute so beschreibt: „Um die Jahrhundertwende ändert die Industrialisierung nicht nur den Alltag, sondern bringt auch Kolonialwaren wie Kaffee, Kakao, Gewürze und Südfrüchte nach Deutschland. Sie sind die Grundlage für die neue Geschäftsidee. Einzelhändler entdecken ihre Leidenschaft für die Waren aus deutschen Kolonien und beginnen sich zu spezialisieren.“

IMPORT-EXPORTEUR*IN

Transport: Du musst die Ware von den großen Häfen zu den Reifungsanlagen und den Supermärkten transportieren. Du sparst Geld, indem du Aufträge an selbstständige Fahrer*innen aus Mittel- und Osteuropa vergibst, die für weniger Geld bis zu 80 Stunden arbeiten und tagelang im LKW wohnen, falls es einen Auftrag gibt.

(Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung, Viele LKW-Fahrer arbeiten bis zu 80 Stunden in der Woche, 2013) Link <https://bit.ly/1tfLC9r>

Qualitätskontrolle: Du musst die Ware kontrollieren, das Reifungsgas bezahlen und die Bananen neu verpacken. Dazu musst du Material und Arbeiter*innen bezahlen.

Verträge: Du verpflichtest dich gegenüber den Plantagenbesitzer*innen und Anbaukonzernen, wöchentlich eine gewisse Menge an Bananen abzunehmen und den Supermärkten wöchentlich eine gewisse Menge an Bananen zu liefern. Was auch passiert- du musst den Vertrag einhalten oder Vertragsstrafen bezahlen. Damit die Supermarktketten nicht direkt bei den Plantagenbesitzer*innen und Anbaukonzernen einkaufen, versuchst du, die Preise niedrig zu halten.

Zölle, Gebühren und Lizenzen: Du brauchst Genehmigungen und musst Gebühren sowie Zölle bezahlen, damit du die Ware in die Europäische Union importieren darfst.

Im Jahr 1892 gelangten einige kanarische Bananenstauden in den Besitz des Hamburger Fruchthandlers und Kolonialwarenhändlers Richard Lehmann, dem diese Frucht gänzlich fremd war, der aber bald merkte, dass man damit ein gutes Geschäft machen konnte und Nachschub bestellte. 1911 kamen ungefähr zwei Drittel der deutschen Bananeneinfuhr von den Kanarischen Inseln (Spanien). Die Entwicklung von schnelleren Dampfschiffen löste die Ausdehnung der Produktionsgebiete aus: Der Anteil der Einfuhren aus Mittelamerika und der Karibik lag in Bremen im Jahr 1926 bei 33% und erreichte bereits zwei Jahre später 49%. Die Berichte über die Rentabilität der Bananenkulturen in Mittelamerika und die zunehmende Beliebtheit dieser Frucht sowie ihre positiven gesundheitlichen Aspekte führten dazu, den Anbau von Bananen auch in den ehemaligen deutschen Kolonien auf Großplantagen zu betreiben – vor allem in Kamerun. Dort wurde bereits seit den 1890er-Jahren unter Einsatz von Gewalt und ohne Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung der Grundstein für den Ausbau der Plantagenwirtschaft gelegt. Ab 1927 verstärkten Werbemaßnahmen von Importeur*innen, zum Beispiel die „Esst-mehr-Früchte-Bewegung“, die Nachfrage.

(Quelle: Kerstin Wilke, „Die deutsche Banane“ – Wirtschafts- und Kulturgeschichte der Banane im Deutschen Reich 1900-1939, Universität Hannover, 2004) Link <https://bit.ly/2J97TTv>

SPEDITEUR*IN

Schiffe und Crew:

Große Container-Frachtschiffe sind in der Anschaffung und im Unterhalt sehr teuer und verbrauchen viel Treibstoff. Für den Transport von Lebensmitteln wie Bananen müssen spezielle Kühlcontainer entwickelt werden, da die Früchte sonst zu früh reifen und verderben, bevor sie im Supermarkt ankommen.

Du gibst den Kostendruck an die Schiffscrew weiter: Sie erhalten weniger Geld und die Schiffsmechaniker*innen müssen beim Be- und Entladen mithelfen, anstatt Ruhezeiten einzulegen. Eigentlich sind dafür Hafnarbeiter*innen zuständig, die dafür an Bord kommen. Um dies durchzusetzen, lässt du dein Schiff unter einer „Billigflagge“ eines Landes fahren, das geringere Arbeits- und Lohnstandards vorschreibt. Du heuerst Offizier*innen aus Mittel- und Osteuropa sowie Schiffsmechaniker*innen aus asiatischen Ländern an, die laut üblichen Verträgen im Monat 103 Überstunden leisten müssen, die nicht extra bezahlt werden.

(Quelle: Das brutale System der Billigflaggen, Nicolai Birger/Die Welt, 2017) Link <https://bit.ly/2Hu5nVG>

Versicherung und Gebühren:

Wenn eine Fracht beschädigt oder unbrauchbar wird, ist es vielleicht deine Schuld und du musst für den Schaden aufkommen. Du musst für jedes deiner Schiffe am Beginn und am Ende seiner Reise Hafengebühren bezahlen.

Erst fossile Treibstoffe und ein billiges Transportwesen haben ermöglicht, dass Nahrungsmittel um den Erdball reisen und bei uns ›frisch‹ im Einkaufswagen landen. Die Ära der Containerschiffahrt ist am 31. Mai 1968 angebrochen. Schneller als von vielen erwartet, löst die Containerschiffahrt die konventionelle Frachtschiffahrt ab, denn der Containertransport hat viele Vorteile: Anstelle von mehreren Tagen kann die Ladung durch Kräne innerhalb weniger Stunden ein- und ausgeladen werden, das spart Zeit und Geld. Tausende traditionelle Arbeitsplätze für Hafentarbeiter*innen gehen verloren. Die Hafeninfrastuktur muss komplett umgestellt, spezielle Verladebrücken, Kräne und hochbeinige Förderfahrzeuge angeschafft werden. Auch die Reedereien müssen in großem Stil investieren und neue Schiffe anschaffen. Größer, schneller, effektiver: Dieser Trend bestimmt die Containerschiffahrt von Beginn an. Doch der Boom der Containergiganten hat auch Nachteile: Sie sind weniger flexibel, da sie nicht alle Häfen anlaufen können. Auch in Hamburg sorgen die riesigen Schiffe mit ihrem enormen Tiefgang für Probleme. Damit sie den Hafen über die Elbe weiter ansteuern können, plant die Stadt eine weitere Elbvertiefung.

(Quelle: Containerschiffe: Beginn einer neuen Ära, NDR) Link <https://bit.ly/2HrOBqa>

PLANTAGENBESITZER*IN/ ANBAUKONZERN

Betriebskosten:

Plantagenwirtschaft erfordert hohe Investitionen in Infrastruktur und Technologie für Transport, Be- und Entwässerung und Verpackung. Die Plantagen benötigen große Mengen an teuren chemischen Mitteln (Dünger, Unkraut- und Schädlingsvernichtung). Bananen anzubauen ist besonders arbeitsintensiv: Unkraut muss beseitigt, die Stauden befestigt und bewässert werden. Um Schädlinge fernzuhalten, werden die Stauden in Plastiktüten verpackt. Die Ernte erfolgt ebenfalls per Hand, damit die Früchte nicht beschädigt werden. Du sparst am Arbeitsschutz und an der korrekten Entsorgung der leeren chemischen Behälter. Da du der oder die einzige größere Arbeitgeber*in in der Region bist, findest du neue Arbeiter*innen, falls sich andere verletzen oder krank werden. Auch bei schlechter Ernte, schlechtem Wetter, Naturkatastrophen oder bei Schädlingsbefall musst du für die Betriebskosten aufkommen.

Qualitätskontrolle:

Du produzierst als Vertragspartner*in für große Anbaukonzerne oder verkaufst zunehmend direkt an Supermarktketten. Da sie perfekte Ware verlangen, musst du die Ware überprüfen und für den Versand vorbereiten. Sind die Früchte fleckig, zu krumm oder entsprechen nicht den Qualitätsstandards, gehen sie nicht in den Export. Du verlierst Geld.

Um Kontrolle über indigene Völker und Profit aus der Kolonialisierung zu ziehen, wurde im Jahr 1503 das sogenannte Encomienda-System, spanisch für „Anvertraung“, geschaffen. Dabei wurden den aus Europa stammenden, weißen Konquistadoren sehr große Landgüter mitsamt der darin lebenden indigenen Bevölkerung treuhänderisch übertragen.

Die Encomienda Casa Grande in Peru hatte etwa die Größe des heutigen Belgien! Ab 1810 wurden die „geliehenen“ Großgrundbesitzungen während der Unabhängigkeitsbewegungen in Eigentumsverhältnisse umgewandelt. Die jetzt Hacienda (spanisch) beziehungsweise Fazenda (portugiesisch) genannten Farmen waren deutlich kleiner, umfassten aber häufig immer noch tausende bis zehntausende Hektar Land. Die von Großgrundbesitzenden dominierte Agrarstruktur ist bis heute eines der zentralen Hemmnisse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas und bildet oft die Basis für riesige Plantagen. Seit den 1950er-Jahren haben internationale Anbaukonzerne zunehmend riesige Landgüter gekauft oder gepachtet, um ihre Marktmacht auszubauen. Deren enge Beziehungen zu Politiker*innen in den Anbauländern prägten den Begriff „Bananenrepublik“.

(Quelle: Agrarstrukturen in Lateinamerika, Wikipedia)
Link: <https://bit.ly/2u3oL3F>

PLANTAGENARBEITER*IN

Bis zu 14 Stunden körperlich anstrengende Arbeit bei extrem heißer Witterung:

Sortieren der Bananen, Bananen waschen – du hast deine Hände den ganzen Tag im Wasser! Bananenernte – du musst schwere Bananenbündel schleppen und atmest die Auspuffgase der Transportmotorräder ein. Du bringst Düngemittel, Unkraut- und Schädlingsvernichtungsmittel aus und bist aufgrund fehlender Schutzkleidung einem hohen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt – ohne Krankenversicherung oder ausreichende medizinische Versorgung. Du darfst dich nicht mit anderen Arbeiter*innen in einer Gewerkschaft zusammenschließen, ohne entlassen zu werden. Alternativen, um Geld zu verdienen, hast du in der Region kaum. Obwohl dein geringer Lohn nicht dazu ausreicht, um tägliche Grundbedürfnisse wie Wohnen, Ernährung und Bildung für dich und deine Kinder sicherzustellen, hast du kaum eine andere Wahl.

Bis heute prägen in Mittel- und Südamerika riesige Landgüter der Großgrundbesitzenden und eine große Zahl von Eigenanbau betreibenden Kleinbäuerinnen* sowie landlosen Landarbeiter*innen das Bild. Schon kurz nach der „Entdeckung“ Amerikas 1492 begann die spanische Krone mit der Siedlungskolonisation, da profitabler Handel mit der dortigen indigenen Bevölkerung unmöglich war. Ziele waren

- ein profitbringendes Kolonialwesen
- der Aufbau einer exportorientierten Landwirtschaft
- die Erschließung der Kolonien
- die Sicherung der Kontrolle über indigene Völker
- Verhinderung einer eigenständigen politischen Macht in Südamerika.

Zu diesem Zweck wurde 1503 das sogenannte Encomienda-System, spanisch für „Anvertraung“, geschaffen. Dabei wurden den aus Europa stammenden, weißen Konquistadoren sehr große Landgüter mitsamt der darin lebenden indigenen Bevölkerung treuhänderisch übertragen. Die dort lebenden Indigenen waren grundsätzlich „frei“ und nicht Eigentum der Encomenderos, wurden also nicht versklavt. Sie konnten zur Arbeit gezwungen werden, mussten aber – in Geld oder Naturalien – entlohnt werden. In seiner praktischen Umsetzung war das Encomienda-System allerdings nichts anderes als lebenslange Zwangsarbeit.

(Quelle: Agrarstrukturen in Lateinamerika, Wikipedia)
Link: <https://bit.ly/2u3oL3F>

TOLERANZ

”

Toleranz erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Unterschiedlichkeit anerkannt wird. Abweichende, fremde und andersartige Meinungen, Ideen, Normen, religiöse Überzeugungen und Gewohnheiten sind solange zuzulassen, wie sie vereinbar mit unseren Grundrechten und Grundwerten sind. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz lebt vom freien Austausch aller über die Normen in der Gesellschaft.

“

Aus dem Grundsatzprogramm der AWO

Deutschland ist heute ein insgesamt tolerantes Land. In den letzten Jahrzehnten haben sich Einstellungen zu sogenannten gesellschaftlichen Randgruppen, Minderheiten und sozialer sowie kultureller Vielfalt bedeutend gewandelt. So hat sich zum Beispiel ein positiver Trend hinsichtlich der Akzeptanz von nicht-heterosexuellen Menschen abgezeichnet. Während zu Zeiten des Nationalsozialismus LGTBIQ*-Menschen verfolgt wurden, ist nun die gleichgeschlechtliche Ehe in Deutschland legalisiert, ein ‚diverses‘ Geschlecht gesetzlich anerkannt und die rechtliche Stellung von trans*-Menschen verbessert worden. Trotz großer gesellschaftlicher und rechtlicher Veränderungen und höherer Toleranz in der Bevölkerung setzen sich bestehende Muster der Abwertung und Diskriminierung fort. Mit Hilfe der folgenden Methoden sollen Vorurteile allem gegenüber, was normabweichend ist, thematisiert werden. Unter normabweichend ist alles zu verstehen, was nicht als soziokulturelle Norm von der Mehrheitsgesellschaft (z. B. weiß, nicht-migriert, lohnarbeitend) empfunden wird. Die Mehrheitsgesellschaft schließt Mitmenschen durch die festgelegten Normen aus und bestimmt, wer sich als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft fühlen kann. Normen unterliegen

LGTBIQ*-MENSCHEN

LGTBIQ steht für Lesbisch Schwul Bi Trans* Inter* Queer bzw. im Englischen entsprechend für Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer. Es gibt Kürzel, die nicht alle diese Bezeichnungen enthalten, und solche, die darüber hinausgehen (z. B. LGBTIQQ – das letzte „Q“ steht dabei für „Questioning“ also „in Frage stellend“). Die hinteren Buchstaben wurden historisch erst später hinzugefügt. Innerhalb der entsprechenden Communities herrscht Uneinigkeit darüber, wie breit Zusammenschlüsse sein sollen, bzw. auch darüber, ob die Praxis dem Anspruch gerecht wird, alle in den jeweiligen Kürzeln genannten Gruppen/Identitäten tatsächlich zu vertreten.

Quelle: bit.ly/2Hsvblt zitiert aus Barth/Böttger/Ghattas/Schneider (Hg.): Inter. Erfahrungen intergeschlechtlicher Menschen in der Welt der zwei Geschlechter. Berlin: NoNo Verlag 2013)

immer dem sozialen Wandel, sie sind gesellschaftlich und kulturell bedingt und damit veränderbar. So wie auf nationaler Ebene eine Mehrheitsgesellschaft die Regeln per Normen festlegt, wer sich als selbstverständlich Teil fühlen darf und wer nicht, so geschieht dies auch im globalen Kontext. Der Kolonialismus hat die Vorstellungswelten von Menschen nachhaltig geprägt und damit auch auf die kulturelle Ebene und die Wissensproduktion eingewirkt. Die Kolonialzeit ist zwar vorbei, aber die Strukturen sind weiterhin präsent und zeigen sich unter anderem in staatlichen bi- und multilateralen Abkommen, Verhandlungen und Festsetzungen neuer Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). So bestimmen meist ehemalige Expansionsnationen (Nationen, die kolonialisierten) noch heute politische Agenden und wirtschaftliche Aushandlungsprozesse. Stärkung und Weiterentwicklung von Toleranz kann also nicht als zeitlich begrenzter und irgendwann abgeschlossener Prozess begriffen werden, sondern als stetiger Veränderungsprozess, der bestehende, potentiell abwertende und diskriminierende Einstellungen hinterfragt, überprüft und verändert.

MEIN NAME IST DENNIZS!

INHALT

Die Methode behandelt Selbst- und Fremdwahrnehmung, stellt unterschiedliche Identitätsmerkmale sowie deren Zusammenspiel in unterschiedlichen Unterdrückungsmechanismen innerhalb der Gesellschaft dar und geht auf das Konzept der Intersektionalität ein.

ZIEL

Die Methode dient dazu, die Teilnehmenden für unterschiedliche Identitätsmerkmale sowie deren Bewertung zu sensibilisieren und Machtverhältnisse, die sich aus Normenhierarchien ergeben, besser zu verstehen. Dabei werden die Zusammenhänge zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie deren Verknüpfung von Vorurteilen und Stereotypen in Bezug auf individuelle Merkmale wie Kleidung, Habitus, Subkultur etc. deutlich. Die Teilnehmenden werden dazu befähigt, ihre Vorstellungen und Normen zu reflektieren und aufzuzeigen, dass alle Menschen in Kategorien denken, um andere einzuordnen.

DAUER

Ca. 75 Minuten ohne optionale Ergänzung

ZIELGRUPPE

Für Jugendliche und Erwachsene geeignet

MATERIAL

Moderationskarten (z. B. aus Restpapier), Stifte,
Bild von Dennizs ohne die erklärenden Begriffe
(ausgedruckt oder digital, zum Download auf unserer Webseite),
Flipchart oder Pinnwand, ggf. Laptop/Beamer

TIPPS

- AWO Bundesverband e. V. (2017). Empowerment von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten Informationen zur Sensibilisierung der Einrichtungen für die Belange von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter*geschlechtlichen (queeren) Geflüchteten: bit.ly/2Yjxf41
 - iPad Respect Guide: bit.ly/2PPzbhF
 - Videos zu Diskriminierungsformen: bit.ly/2VonZyg
- Video Channel von Tarif Tesfu – Feminist! Content Creator! Gutmensch!: bit.ly/1HfXcUw
 - Flyer: Was sage ich, wenn ...?: bit.ly/11nqJf2
- Wie du Menschen helfen kannst, wenn sie verbal angegriffen werden. Text und Illustration: bit.ly/2J79E2O
 - Mein Geschlecht: meingeschlecht.de/
- Mein Geschlecht: Reiseführer sexuelle Orientierung, Geschlecht und Geschlechts-Identität: bit.ly/1KjLI15

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Methode „Dennizs“ wurde von iPad e. V. – Initiative für intersektionale Pädagogik entwickelt und wurde durch AWO International abgewandelt.

Quelle: bit.ly/2PUAMCF

ABLAUF

Zur Vorbereitung kann die Seminarleitung eine Schaufensterpuppe dem Bild von Dennizs entsprechend gestalten: Ohne Kopf, Arme und Beine trägt die Puppe ein bewusst gewähltes Outfit: ein enges Top, wodurch die weiblichen Geschlechtsmerkmale betont werden, und eine abgenutzte Unterhose/Boxershorts, die im Schritt ausgestopft ist. Gehalten wird diese durch Hosenträger in Regenbogenfarben an denen ein politischer Button (Parteien, bestimmte Organisationen) befestigt ist. Um den Hals trägt er*sie ein Kreuzifix. Dennizs trägt, wie alle Teilnehmer*innen der Gruppe ein Namensschild. Sie können das Bild von Dennizs ausdrucken und anpassen, alternativ wirft die Seminarleitung das Bild von Dennizs an die Wand oder druckt es gut sichtbar aus und platziert es an einem Stuhl im Stuhlkreis. Dennizs wird nun von der Seminarleitung vorgestellt. Die Teilnehmenden werden aufgefordert, sich Dennizs anzuschauen und einen Gegenstand auszuwählen, den sie Dennizs für den Tag mitgeben möchten. Jede*r aus der Gruppe ist nun aufgefordert, Dennizs etwas zu geben oder anzuziehen, wovon der*die Teilnehmende der Meinung ist, dass Dennizs es gebrauchen könnte. Dabei können sich Gegenstände wie Taschentücher, Handys, Wasser, Bücher, Spielzeuge, Kondome oder aber auch Kleidungsstücke etc. ansammeln – es gibt dabei kein richtig oder falsch. Die Gegenstände können alternativ in Form einer Moderationskarte mit dem entsprechenden Begriff dargestellt werden. Nachdem alle Teilnehmenden Dennizs mit einem Gegenstand ausgestattet haben, erklären sie, warum sie den jeweiligen Gegenstand ausgewählt haben. Danach werden die Teilnehmenden aufgefordert, sich im Plenum dazu zu äußern, was ihnen durch den Kopf geht, wenn sie Dennizs betrachten. Die unterschiedlichen Merkmale, die die Teilnehmenden nennen, werden mit den unterschiedlichen Kategorien (z. B. Befähigung, Religion, Klasse) verknüpft und innerhalb dieser Kategorien wird erörtert und diskutiert, was in Deutschland als Norm und als vermeintliche Abweichung gilt. In diesem Kontext wird Dennizs anhand der Merkmale positioniert. Diese Merkmale werden auf einem Flipchart oder einer Tafel gesammelt und gemeinsam in der Auswertung unterschiedlichen Kategorien zugeordnet.

Zur Auswertung und Reflexion lässt die Seminarleitung und Reflexion Raum für Diskussion: Aufgrund der unterschiedlichen Meinungen und Sichtweisen können auch kontroverse Diskurse entstehen. Da nicht alle Themen besprochen werden können, sollte je nach Zielgruppe ein Schwerpunkt gesetzt werden. Eine ausführlichere Auseinandersetzung könnte innerhalb von Kleingruppen stattfinden. Der gemeinsame Abschluss der Methode ist wichtig, da Dennizs ein Teil der Gruppe geworden ist und Teil der Geschichten der

Teilnehmenden. Es gibt daher unterschiedliche Möglichkeiten, Dennizs zu verabschieden. Diese können je nach Stimmung innerhalb der Gruppe variieren: Zum Beispiel nimmt jede Person einen Gegenstand und bedankt sich im Namen Dennizs' und begründet dies.

Dennizs kann aber auch weiterhin Teil der Gruppe bleiben und den Prozess begleiten. Dies gibt die Möglichkeit, im Verlauf auf Dennizs zurückzugreifen.

Abschließend stellen die Teilnehmenden in einem Blitzlicht kurz dar, wie sie sich während der Übung gefühlt haben und was sie für sich aus der Übung mitnehmen. Die Seminarleitung fasst die Aussagen zusammen und stellt heraus, was Dennizs mit Toleranz zu tun hat. Zum Beispiel, dass für eine Person etwas neu und unbekannt sein kann oder diese vielleicht eine konträre Meinung zu gewissen Themen hat, aber dass dies meist durch Reproduktion von Denkmustern in Kategorien aufkommt und wenig mit der Realität zu tun hat.

Zur weiteren Vertiefung des Themas können Sie wie folgt vorgehen:

Option 1

Wenn Sie und die Teilnehmenden sich eingehender mit diesem Thema beschäftigen wollen, erklärt das Video „Let's talk about Intersektionalität, Baby!“ von Tarik Tesfu das Thema verständlich: bit.ly/2fRdsVN

Option 2

Zunächst werden Gruppen von bis zu sechs Personen gebildet. Die Teilnehmenden bekommen die Aufgabe, eine Weltgemeinschaft zu gründen, in der alle Menschen gleichermaßen vertreten sind und in der die mit Hilfe der Methode Dennizs erarbeiteten Identitätsmerkmale Berücksichtigung finden. Demnach besteht die Aufgabe darin, eine Welt zu erschaffen, die die bisherige Norm verändert. Norm bezeichnet das, was sich in der Gesellschaft als ‚normal‘ etabliert hat und deshalb als selbstverständlich empfunden wird (in Deutschland z. B. weiß, nicht-migriert, lohnarbeitend). Die Teilnehmenden sind dabei frei in der Umsetzung. Mögliche Fragen können mit auf den Weg gegeben werden:

- Was bedeutet Weltgemeinschaft?
- Wer nimmt dran teil?
- Was soll organisiert werden und wie?
- Wie werden Entscheidungen getroffen?
- Wie soll sichergestellt werden, dass alle Gruppen teilhaben?

Die Gruppen haben ca. 30 Minuten Zeit, um die Aufgabe zu bearbeiten und ihre Ergebnisse zum Beispiel auf Flipcharts festzuhalten. Anschließend stellt jede Gruppe ihre Ergebnisse vor und begründet ihre Entscheidungen. Die Moderation hält Übereinstimmungen sowie konträre Positionen der einzelnen Gruppen fest und stellt den Zusammenhang zu der Methode Dennizs her. Beispielweise kann thematisiert werden, dass bestimmte Gruppen nicht am gesellschaftlichen oder weltlichen Geschehen teilnehmen können oder einen erschwerten Zugang haben, da sie nicht der Norm entsprechen. Trotz Bemühungen und ersten Verbesserungen werden People of Color (POC) oder Frauen mit Kopftüchern bei gleicher Qualifikation gegenüber weißen Menschen bei Einstellungsgesprächen, Bewerbungen oder bei der Wohnungssuche benachteiligt.

Option 3

Die Teilnehmenden greifen Erkenntnisse, die sie aus der Methode „Dennizs“ mitgenommen haben, auf und präsentieren diese auf kreative Weise. Mögliche Formate können Song-, Raptexte, Gedichte, Slams, (fiktive) Briefe an Entscheidungsträger*innen, Schreiben einer Kurzgeschichte oder eine andere kreative Idee, die von den Teilnehmenden selbst vorgeschlagen wird, sein. Als Basis können die Teilnehmenden ihre Aussagen aus dem Blitzlicht nutzen, was sie für sich persönliche aus der Übung mitnehmen. Abhängig von der Gruppengröße und der Zeit können alle gemeinsam oder Teilnehmende einzeln präsentieren. Die Gruppe erhält die Gelegenheit, Feedback zu geben und Fragen zu stellen.

Option 4

Zunächst werden Gruppen von bis zu fünf Personen gebildet. Den Teilnehmenden wird folgendes Szenario dargelegt: Die Teilnehmenden stellen die Projektleitung eines Theaterprojekts mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen dar. Bisher sind die Vorbereitungstreffen und die ersten Proben immer wieder durch Zwischenfälle gestört worden. Die Störungen liegen in verschiedenen Ansichten der einzelnen Teilnehmenden und der Heterogenität der Gesamtgruppe mit 35 Individuen begründet. Während der Treffen fallen immer wieder homophobe, rassistische, antimuslimische sowie transphobe Kommentare. Außerdem wird „fat shaming“ betrieben und es werden unangebrachte Äußerungen über Menschen mit Behinderung getätigt. Gleichzeitig sind Menschen, die zu diesen Kategorien gezählt werden, auch in der Theatergruppe dabei und diesen Kommentaren ausgesetzt. Zudem kommt es vor, dass eine teilnehmende Person einerseits auf Grund einer Kategorie

diskriminiert wird und zugleich andere wegen einer anderen Kategorie diskriminiert. Die Ausgangssituation stellt die Projektleitung vor Herausforderungen und Lösungen sollen erarbeitet werden. Die Lösungen sollen auf der einen Seite eine Realisierung der Theateraufführungen ermöglichen, auf der anderen Seite soll Theater selbst als Lösungsoption behandelt werden.

Die Teilnehmenden sollen nun in ihren Gruppen mögliche Lösungswege zum Konfliktmanagement und zum Abbau von Diskriminierungsformen entwickeln, so dass letztendlich eine Aufführung realisierbar wird. Die Gruppen sind frei in der Gestaltung, aber sie sollen das Medium Theater ebenso als Methode zur Überwindung von Diskriminierung/Sensibilisierung von Identitätsmerkmalen sehen. Mögliche Fragen zur Anregung können sein:

- Wie können sich die Teilnehmenden mit verschiedenen Ansichten annähern und erkennen, dass sie in Kategorien denken?
- Warum kommt gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit immer wieder und in unterschiedlichen Kombinationen vor?
- Welche Regeln müssen vereinbart werden, damit ein Minimum an effektiven Proben stattfinden kann?
- Werden diese Regeln auferlegt oder mit der Gruppe gemeinsam erarbeitet?
- Was geschieht bei Regelverstößen?
- Was kann eine Person machen, wenn sie Diskriminierung erfährt? Wie kann der Gruppenzusammenhalt stärker gefördert werden?

Nach einer 30–45-minütigen Entwicklungsphase stellen die Teilnehmenden in Gruppen ihre Strategien dar. Die Moderation hält die wichtigsten Punkte fest und kann abschließend die Verbindung zu Lernerfahrungen mit Dennizs herstellen.

HINWEISE FÜR DIE MODERATION

Während der Beschreibung bei Dennizs kann es dazu kommen, dass Teilnehmende Aussagen tätigen, die für andere Personen in der Gruppe verletzend sein können. Die Seminarleitung sollte dies nicht ignorieren, sondern sensibel darauf reagieren und ggf. Teilnehmende schützen.



Impressum

Herausgeberin:
AWO International e. V.,
Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin,
T 03025292771, F 03025292571,
mail@awointernational.de.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Leberz

Text: Roman Fleißner, Tatjana Kreuzberg-Muchave

Redaktion: Roman Fleißner

Lektorat: Skrivanek GmbH

Design: Marischka Lutz Grafikdesign

Fotos: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Druck: dieUmweltDruckerei

Auflage: 1500

Erschienen: 1. Auflage Juli 2019



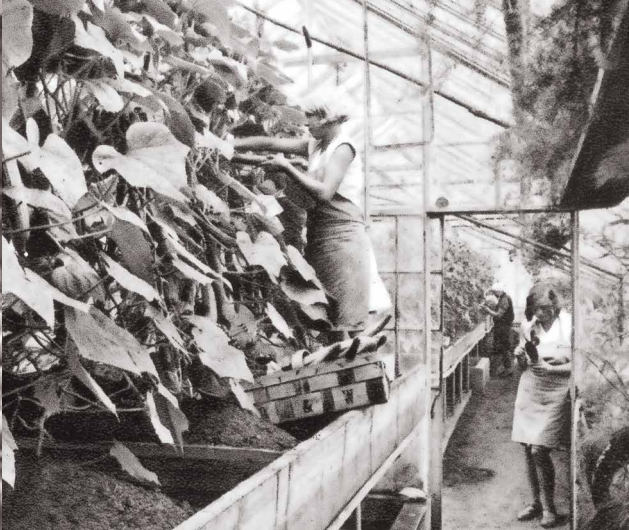
Gefördert durch Engagement Global im Auftrag des BMZ – Für den Inhalt dieser Publikation ist allein AWO International verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Diese Publikation wurde im Rahmen des Projekts "Make Europe Sustainable for All" von der Europäischen Union teilfinanziert. Die hier vertretenen Ansichten decken sich nicht unbedingt mit der Auffassung der Zuschussgeberin.





100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



International e.V.



International e.V.

100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



International e.V.



International e.V.



International e.V.

100

Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.

Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.

100
Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



International e.V.



100

Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.



International e.V.



International e.V.